

vom Ratsbüro genehmigt
am 4. Dezember 2001

PROTOKOLL

der **16.** Sitzung
vom Dienstag, 27. November 2001
17.00 - 19.55 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 47 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Mariann Keller (SP)
Thomas Neukomm (SP)

für den Anfang der Sitzung: SR Veronika Heller

für den Schluss der Sitzung: SR Kurt Schönberger

Traktanden:

- 1. VdSR Vergabe der Liegenschaft "Haberhaus", GB Nr. 576,
im Baurecht an die Ecobauhaus AG, Herrn G. Cerfeda,
Architekt, 8400 W'thur** **Seite 491**
- 2. Vorlage des SR Richtplan Parkierung** **Seite 496**
- 3. Motion Christian Hablützel (SP) - Keine Endlagerung von
hochradioaktiven Abfällen in Benken!** **Seite 513**

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
15.05.01	VdSR Neuauflage des Stellenplans per 1. Jan. 2001	GPK
18.06.01	INTERPELLATION Hans Peter Huber (SVP) - Alkoholausschank an Jugendliche unter 18 Jahren	
25.06.01	MOTION Peter Wullschlegler (CVP) im Namen der Fraktions- gemeinschaft FDP/CVP u. SVP/EDU - Gesunde und attraktive Finanzen	
14.08.01	INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Gewährleistung der öffentl. Sicherheit u. Schutz von Eigentum	
21.08.01	VdSR Neuregelung der städtischen Abfallgebühren	SPK
28.08.01	VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine Stiftung von Kanton und Stadt Schaffhausen nach ZGB	SPK
04.09.01	Motion Esther Bänziger (SP): Heizzeiten an den städtischen Schulen	
11.09.01	Voranschlag 2002 der Einwohnergemeinde Schaffhausen einschliesslich Leistungsvereinbarungen Pilotabteilungen WOV	GPK
23.10.01	VdSR Parkleitsystem	SPK
6.11.01	INTERPELLATION Alfons Cadario (EVP) - Militärunterkunft Breite	
20.11.01	VdSR Reallohnerhöhung um 1,5% für das städt. Pers. ab 1.1.02	GPK

Kleine Anfragen von

Thomas Hauser (FDP)	StadtschaffhauserInnen und die AXPO	25.08.01	13/2001
Hans Ith (SVP)	Spitex Organisation und Defizit	28.08.01	14/2001
Oskar Christian Brüttsch (FDP)	Kehrichtdeponie und verschmutzte Gehsteige	30.09.01	16/2001
Bea Hauser (SP)	Bericht des städt. Wirtschaftsförderers	3.11.01	17/2001
Alfons Cadario (EVP)	Fahrgastinformation der VBSH	3.11.01	18/2001
Roland Schöttle (FDP)	Umzonung Areal Landhuus/Bleichi	18.11.01	19/2001

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

**Traktandum 1 VdSR Vergabe der Liegenschaft "Haberhaus", GB Nr. 576,
im Baurecht an die Ecobauhaus AG, Herrn G. Cerfeda,
Architekt, 8400 W'thur**

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR vom 25. Sep. 2001 zu und heisst dessen Antrag mit **47 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

"Der Grosse Stadtrat stimmt der Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 576 „Haberhaus“, Neustadt 51, im Baurecht an die Ecobauhaus AG, Herrn G. Cerfeda, Architekt, 8400 Winterthur, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 25. September 2001 genannten Bedingungen zu."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Vorlage des SR Richtplan Parkierung

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR vom 8. Mai 2001 zu und heisst die geänderten Anträge der SPK mit 39 : 2 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 8. Mai 2001 zum Richtplan Parkierung, Verkehrsbelastung, Umweltauswirkung (16.03.2001).
2. Der Grosse Stadtrat befürwortet die Absichten des Stadtrates, in einer ersten Phase zusätzliche Parkplätze im Zusammenhang mit den Projekten Zentrum Landhaus und Fischerhäuserberg zu realisieren. Bei Bedarf können an peripherer Lage der Altstadt weitere zusätzliche Parkplätze realisiert werden.
3. Der Grosse Stadtrat unterstützt die Absicht des Stadtrates, die mit der A4-Eröffnung realisierten flankierenden Massnahmen beizubehalten. Insbesondere sind in Verbindung mit der Planung und der Realisierung neuer Parkierungsanlagen die Fussgänger- und Fussgängerinnenbeziehungen zur Altstadt zu verbessern (Forderung des runden Tisches „Parkraumplanung“).
4. Auf provisorische Bauten für zusätzliche Parkplätze auf den Arealen Roll-schemelanlage und Kammgarn wird verzichtet, bis für beide Standorte konkrete Projektvorschläge vorliegen.
5. Der Umsetzungsstab Parkraumplanung wird den Zeitplan für die Aufhebung von Parkplätzen in der Altstadt nach Massgabe tatsächlich realisierter neuer Parkplätze festlegen und dem Stadtrat entsprechend Bericht und Antrag unterbreiten. Als Grundlage dazu dienen die Vorgaben des Berichts „Parkraumplanung, Richtplan Parkierung, Verkehrsbelastung, Umweltauswirkungen“. Der Grosse Stadtrat ist im Rahmen des Verwaltungsberichtes darüber zu informieren.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Motion Christian Hablützel (SP) - Keine Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken!

Die Motion wird vom Motionär begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Grosse Stadtrat **lehnt eine Überweisung der Motion** in der vom SR vorgeschlagenen und vom Motionär wie folgt gutgeheissenen geänderten Fassung

1. Der Stadtrat wird eingeladen, dem Grossen Stadtrat einen Vernehmlassungsbericht der Stadt Schaffhausen zur kantonalen Konsultativabstimmung über das Endlager von hochradioaktivem Sondermüll in Benken rechtzeitig zuhanden der kantonalen Volksabstimmung zu unterbreiten.

2. Der Stadtrat wird eingeladen, die überregionale Vereinigung IGEL gegen das Endlager Benken im Rahmen seiner Kompetenzen zu unterstützen.

mit **24 : 21 Stimmen** ab.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Peter Neukomm (SP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN

- Einführung von WOV flächendeckend -

kontradiktorische Veranstaltung in der Rathauslaube:

Dienstag, 26. Februar 2002, 18.00 Uhr - Die Einladung erfolgt durch die Stadtkanzlei. Der Ratspräsident bittet das Plenum, sich diesen Termin vorzumerken. Zu dieser Veranstaltung werden auch der Kantonsrat und die Verwaltung eingeladen.

Neu eingegangene Geschäfte:

20.11.01 VdSR Realloohnerhöhung um 1,5% für das städt. Pers. ab 1.1.02

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft usanzgemäss in der GPK vorberaten zu lassen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Kleine Anfragen:

Roland Schöttle (FDP) Umzonung Areal Landhuus/Bleichi 18.11.01 Lauf-Nr.19/2001

Verhandlungsbereit ist folgendes Geschäft gemeldet worden:

VdSR vom 8.11.00 - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen.

Die Ratsmitglieder erhielten letzte Woche per Kurier ein zusätzliches Dossier der SPK nach Hause geliefert. Das Geschäft wird anfangs 2002 behandelt bzw. auf die Traktandenliste gesetzt.

An Informationen und Unterlagen haben die Ratsmitglieder erhalten

- *Neuaufgabe der Geschäftsordnung des Grosses Stadtrates*
Diese wurde freundlicherweise durch die Stadtkanzlei redigiert.
- *Newsletter der kantonalen Wirtschaftsförderung*

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 14/15 vom 13. November 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden.

Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin Persönliche Erklärung *

"Falsche Funktionsbezeichnung: Ich möchte eine Mitteilung machen, die unsere frühere Fraktionskollegin Ruth Gloor betrifft. Als letzte Woche das Namensinserat für die Heroin gestützte Behandlung (HeGeBe) erschien, sah sich Ruth Gloor einmal mehr mit dem Titel Grossstadträtin geehrt, obschon sie dies in keiner Weise so angegeben hat. Ruth Gloor hat offensichtlich nachhaltige Wirkung, obschon sie seit 1. Oktober 1999 nicht mehr in diesem Rat sitzt. Die Schlussredaktion des Inserates muss in eigener Regie eine "falsche" Korrektur angebracht haben. Weil dasselbe schon mehrmals geschah, ist uns an dieser Klarstellung gelegen."

**Traktandum 1 VdSR Vergabe der Liegenschaft "Haberhaus", GB Nr. 576,
im Baurecht an die Ecobauhaus AG, Herrn G. Cerfeda,
Architekt, 8400 W'thur**

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Hanspeter Meier (SVP) Sprecher der GPK *

Der Votant dankt vorerst dem GPK-Präsidenten Alfred Zollinger für die gute Vorbereitung und speditive Abwicklung der Traktanden in der GPK.

"Mit der Abgabe der Liegenschaft Haberhaus im Baurecht setzt sich die erfreuliche Entwicklung am und rund um den Herrenacker fort. Oder mit anderen Worten:

In Realisierung sind

- das Parkhaus Herrenacker,
- die Liegenschaft Kornhaus, welche vom Grossen Stadtrat kürzlich auch im Baurecht abgegeben worden ist, sowie
- das Jezler-Gebäude, wo bekanntlich ja das Casino Einzug halten wird und neuerdings
- die Umgestaltung eines Sonnenstudios in ein Restaurant.

In Planung sind

- die Oberflächengestaltung des Herrenackers
- das Parkleitsystem (die entsprechende Vorlage liegt bereits beim Grossen Stadtrat) sowie
- die Überbauung Herrenacker Süd.

Neuestes und vorläufig letztes Kapitel in dieser Geschichte ist

- die Abgabe der Liegenschaft Haberhaus im Baurecht.

Diese Liegenschaft ist über 400 Jahre alt und hat in ihrer Geschichte die verschiedensten Nutzungen mitgemacht. Die Vorlage des Stadtrates gibt Ihnen im Detail darüber Auskunft, so dass ich aus Effizienzgründen nicht speziell darauf eingehen muss.

Das Haberhaus war übrigens bereits einmal Gegenstand einer Baurechtsoffensive, nämlich im Jahre 1995. Leider kam es damals zu keinem Abschluss.

Im Zuge der Ausschreibung der Liegenschaft zwecks Abgabe im Baurecht hat das Baureferat ausführliche Dokumentationen an insgesamt 18 Interessenten geschickt.

Ebenfalls wurde für Interessierte eine Objektbesichtigung vor Ort durchgeführt. Bereits zu jenem Zeitpunkt wurde darauf hingewiesen, dass das Haberhaus denkmalpflegerisch erhaltenswert sei, und dass künftige Nutzungen den Charakter und die baulichen Strukturen der Liegenschaft zu berücksichtigen hätten.

Alle Interessierten sind dann aufgefordert worden, ihre baulichen Absichten in einer Konzeptstudie als Übernahmeangebot einzureichen. Daraufhin gingen fünf solcher Gesuche ein.

In einem Vorentscheid wählte der Stadtrat zwei davon aus und lud diese ein, ihre Projekte weiterzuentwickeln.

Aus den überarbeiteten Projekten wählte der Stadtrat dann die heutige Baurechtsinteressentin aus. Es handelt sich um die Ecobauhaus AG für ökologische, ökonomische Architektur von Herrn Giovanni Cerfeda, Architekt HTL, aus Winterthur. Deren Haupttätigkeit liegt in der Planung und Erstellung von Wohn- und Geschäftshäusern. Sie tritt selber als Bauherrin auf, oder baut im Auftrage Dritter oder als Generalplaner/-Unternehmer unter besonderer Berücksichtigung von ökologischen und ökonomischen Grundsätzen. Als Referenzen kann die Firma Ecobauhaus unter anderem nennen:

- Schulhaus Oberseen in Winterthur
- Diverse Solarsiedlungen im Umkreis von Winterthur
- Umstrukturierung/Neubau der Kulturkaserne Winterthur
- usw.

Zum Projekt selbst:

Das Projekt der Baurechtsinteressentin - Raumprogramm - ist auf Seite 4 der stadträtlichen Vorlage beschrieben.

Die Baurechtsbedingungen ersehen Sie aus Seite 5 der Vorlage.

Dabei fällt Ihnen sicher der Landpreis auf, der sich gegenüber der Liegenschaft Kornhaus ganz wesentlich unterscheidet. Der Baureferent wird Ihnen zu diesem Punkt noch ergänzende Angaben liefern.

Die GPK hat sich im Detail und sehr sorgfältig mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Sie empfiehlt Ihnen mit 7:0 Stimmen, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen."

Hanspeter Meier (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU u. FDP/CVP *
"Die Fraktioner der SVP/EDU u. FDP/CVP werden auf die Vorlage eintreten und dem Antrag des SR zustimmen."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *
"Dass es innert kurzer Zeit gelungen ist, auch für das zweite grosse Lagergebäude an der Neustadt einen ernsthaften Baurechtsinteressenten zu finden, ist sehr erfreulich. Das zu erwartende neue Leben im alten Gemäuer ist positiv für die Stadt, wertet aber vor allem auch die Neustadt auf. Die durch den Baurechtnehmer geplante äusserst extensive Nutzung des Gebäudes garantiert, dass die Liegenschaft in der Struktur und im äusseren Erscheinungsbild fast unverändert erhalten bleibt. Die Nutzung der schlecht belichteten und erschlossenen Räume in den Obergeschossen wird nicht einfach sein. Das rechtfertigt natürlich den vergleichsweise tiefen Baurechtszins. Wir unterstützen also diese Vorlage selbstverständlich, und wünschen dem Baurechtnehmer gutes Gelingen bei diesem nicht alltäglichen Bauvorhaben."

Obwohl wir insbesondere auch die durch den Einbau eines Bistros geplante Aufwertung der düsteren Erdgeschosshalle, welche jetzt speziell als Pissoir für Mensch und Tier dient, begrünnen, ergeben sich daraus zwei Forderungen an den Stadtrat:

1. Nachdem offenbar bei einem andern Baurechtsgrundstück jetzt darüber gestritten wird, ob ein Schlittelweg auch zu Fuss begangen werden kann und wenn ja, ob das auch im Sommer gilt, sollte der wichtige öffentliche Durchgang durchs Haberhaus präzise definiert werden. Im Baurechtsvertrag muss klar festgehalten sein, dass sich der Durchgang auf dem Niveau der Neustadt befinden muss und dass er die Grundfläche vom südlichen Nachbarhaus bis zur ersten Säulenreihe, durchgehend von der Neustadt zum Haberhausstiege, umfasst.
2. Die Säulenhalle dient auch als Abstellmöglichkeit für Velos, Motorräder usw. Dieses Angebot an gedeckten Abstellplätzen ist im Zusammenhang mit der Platzgestaltung auf dem Herrenacker mindestens zu ersetzen.

Ein weiteres Anliegen ergibt sich aus der Umnutzung des Kellers, welcher jetzt in idealer Weise den Guggenmusiken dient.

Nachdem uns das Fasnachtskomitee mit einem lautstarken Auftritt im Frühjahr klar gemacht hat, dass sich auch die Fasnächtler als Teil des kulturellen Lebens verstehen, erwarten wir, dass der Stadtrat bei der Suche nach Ersatz entsprechende Hilfestellung und Unterstützung bietet, was er in der GPK auch bereits zugesichert hat.

In diesem Sinne wird die SP-Fraktion der Vorlage zustimmen."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB
"Ich kann Ihnen Eintreten und Zustimmung zur Vorlage aus der OeBS/EVP/GB-Fraktion bekannt geben. Wir begrünnen, dass insbesondere auch der "geruchliche" Schandfleck im Erdgeschoss im Baurecht abgegeben und damit auch saniert werden kann. Mit dieser Vergabe kann der ursprüngliche Charakter der Baute einigermaßen erhalten werden. Damit erklärt sich der relativ tiefe Landwertpreis, weil nur eine geringe Ausnützung des Gebäudes möglich ist."

Den einzigen Zusatzpunkt hat mir Andres Bächtold vorweg genommen, nämlich den Ersatz für die gedeckten Veloabstellplätze. Da haben wir in der GPK bereits ein Signal des Baureferenten bekommen, dass dies in Prüfung ist."

Bernhard Egli (OeBS) Votum

"Ich habe eine Frage. Wir haben ja schon verschiedene Diskussionen gehabt im Zusammenhang mit sog. alten "Krätzen" im Stadtbesitz, verlotterte Gebäude, welche auch Schulden sind. Viele dieser Bauten wie das Kornhaus oder eben das Haberhaus sind denkmalschutzwürdig und haben entsprechende Schutzvorgaben.

Nun ist aktuell vorgesehen, von gewissen Parteien im Grossen Rat - ausgehend von der FDP -, den Natur- und Heimatschutzfonds-Betrag für 2002 von Fr. 800'000.-- auf Fr. 300'000.-- zu kürzen. Da ein Grossteil der Natur- und Heimatschutzgelder durch Pflegeverträge mit Bauern gebunden ist, wird 2002 für den Denkmalschutz kaum etwas übrig bleiben. Falls der Kürzungsantrag im Grossen Rat durchkommt, ist dann das Projekt Haberhaus gefährdet oder wird es zumindest um 1 oder 2 Jahre verzögert?"

Stadtrat Kurt Schönberger Stellungnahme des Stadtrates

"Es ist sehr erfreulich, dass wir einen Interessenten gefunden haben, der die Liegenschaft im Baurecht übernehmen will. Ich sage dies deshalb, weil wir von Anfang an allen Interessenten gesagt haben, dass diese Liegenschaft unter Schutz gestellt wird - das ist durch den SR geschehen -, und weil von unserer Seite gewisse Bedingungen gesetzt worden sind. Andres Bächtold hat darauf hingewiesen und eine Forderung mit Blick auf den Durchgang zum Haberhausstiege präzisiert.

Sie sehen in der Vorlage auf Seite 6 unter dem Stichwort *Öffentlicher Durchgang*, dass wir die Bedingung aufgestellt haben, dass *"ein öffentlicher Durchgang in Form der Fussgängerverbindung "Neustadt-Grabenstrasse / Haberhausstiege" bzw. zur Treppenverbindung "Grabenstrasse" aufrecht zu erhalten ist und dass die dafür zur Verfügung stehende Fläche im Baurechtsvertrag festgehalten wird."* Wir werden dafür sorgen, dass dies so geschieht. Wir werden den Hinweis von A. Bächtold in diesem Zusammenhang gerne beachten."

Der Baureferent nimmt im weiteren Bezug auf die Bemerkung von A. Bächtold bezüglich Guggenmusik. Der Baureferent hat dazu in der GPK bereits Stellung genommen. Diese sei hier wiedergegeben: "Was die im Keller domizilierte Guggenmusik anbetrifft, so besitzt diese einen befristeten Mietvertrag mit einer 6-monatigen Kündigungsfrist, welcher nun per 31. Mai 2002 gekündigt werden muss. Die Stadt steht im Kontakt mit diesem Verein; dessen Präsident ist informiert. Der Baureferent ergänzt, dass der Verein über die Situation nicht begeistert sei, da es schwierig sei, ein anderes Lokal zu finden. Die Stadt hat sich anboten, bei der Suche nach einer Alternative behilflich zu sein." Der Baureferent ergänzt heute, dass der bis anhin benutzte Keller feuerpolizeilich nicht unbedenklich gewesen sei. Für die Suche nach einem Ersatzstandort sei eine Arbeitsgruppe gebildet worden, in welcher auch der Quartierverein Altstadt einbezogen werde.

Andres Bächtold hat schliesslich noch auf die Veloabstellplätze hingewiesen. Wir sind im Tiefbauamt daran, Ersatzlösungen zu finden. Wir denken daran, dass einerseits in der Neustadt und andererseits im Zusammenhang mit der Gestaltung der Oberfläche des Herrenackers ein 1 : 1-Ersatz für Velos und Töffli gefunden werden kann.

Zur Frage von Bernhard Egli bezüglich Denkmalschutz: B. Egli spricht davon, dass im Grossen Rat die Absicht besteht, den budgetierten Betrag von 800'000 auf 300'000 Franken zu kürzen. Diese Information ist richtig. Nur hat B. Egli nicht gesagt, dass der Fonds heute einen Bestand von 2,4 Mio Franken aufweist. Wenn ich diese Höhe sehe, kann ich mit gutem Gewissen sagen, dass dem Vorhaben Haberhaus mit Blick auf einen Zustupf aus diesem Fonds bestimmt nichts im Wege stehen wird.

Wir werden das sofort beim Kanton anmelden, damit wir hier nicht zwischen Stuhl und Bank fallen.

Nun noch zu den unterschiedlichen Landwertpreisen zwischen Kornhaus und Haberhaus, welche vom GPK-Sprecher Hp. Meier erwähnt worden sind.

Dazu nehme ich wie folgt Stellung:

- Bei den beiden Baurechtsliegenschaften (Schutzobjekte), bei welchen hinsichtlich der denkmalpflegerischen Auflagen künftige Nutzungen (wird durch Baurechtsnehmer bestimmt) stark geprägt sind, konnte kein Landwert im voraus berechnet werden.
- In die Vergabebedingungen wurden Richtwerte, die vom Baureferat festgelegt wurden, eingesetzt. Zugleich wurde vermerkt, dass der Landwert vor Vergabe durch den Grossen Stadtrat durch das Amt für Grundstückschätzungen (AGS) geprüft und allenfalls angepasst wird.
- Beim Kornhaus betrug der **Richtwert Fr. 1'500.--** , die AGS-Bewertung Fr. 1'860.-- und der **BR-Landwert (nach Abzug von 25%) Fr. 1'400.--** .
- Beim Haberhaus betrug der **Richtwert Fr. 800.--** , Die AGS-Bewertung Fr. 910.-- und der **BR-Landwert (nach Abzug der 25%) Fr. 680.--** .
- Die Feststellung über die Differenz der beiden Werte wurde auch in der GPK gemacht. Obwohl die beiden Objekte im gleichen Altstadtbereich liegen, muss die Struktur der Liegenschaften, welche die Möglichkeit der künftigen Nutzung bestimmt, betrachtet werden. Beim Kornhaus kann die gesamte EG-Fläche vom Baurechtsnehmer in die Nutzung mit einbezogen werden, die grossflächigen Obergeschosse (Stützenraster) weisen wohl eine grosse Bautiefe auf, sind aber von beiden Seiten her belichtet.
- Andere Voraussetzungen liegen beim Haberhaus vor. Im EG-Bereich wird 1/3 als öffentlicher Durchgang ausgeschieden, damit die Fussgängerverbindung Neustadt-Haberhausstieg gewährleistet ist. Die beiden Obergeschosse sind seitens der Neustadt belichtet, die Räumlichkeiten Richtung Grabenstrasse weisen hingegen nur kleine bis keine Öffnungen auf. Seitens der denkmalpflegerischen Auflagen wird hier auf die Stadtmauer als Bestandteil der Liegenschaft verwiesen, die nicht verändert werden kann. So lässt sich in diesen Bereichen (rund 50% der Fläche) nur eine extensive Nutzung zu. Wie in der Vorlage an den GrSR unter "Hausgeschichte" erwähnt, setzt sich das Haberhaus aus zwei Gebäuden (neustadtseitiger Erweiterungsbau) zusammen, so dass sich in den beiden genannten Geschossen eine Trennmauer (ehemalige Aussenwand) befindet, welche eine durchgehende Nutzung einschränkt. Wie beim Kornhaus ist es der Denkmalpflege auch beim Haberhaus ein Anliegen, dass der Lagerhaus-Charakter weiterhin ablesbar ist.

So wurde beim Haberhaus, aus Rücksichtnahme auf die Dachflächen, auf den Ausbau des Dachgeschosses (die Kehlböden weisen minimale Höhen auf) verzichtet. Das vergleichsweise kleine Dachgeschoss sieht die künftige Nutzung für Ausstellungen vor (Kaltraum).

Auch ich möchte mich bei der GPK für die speditive Beratung bedanken, und ich empfehle Ihnen Zustimmung zur Vorlage."

Der Ratspräsident stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest die Seitenzahlen 1 - 7 der Vorlage.

Bea Hauser (SP) nimmt Bezug auf Seite 6 der Vorlage *Öffentlicher Durchgang*. Sie möchte den ersten Satz *"Ein öffentlicher Durchgang in Form der Fussgängerverbindung "Neustadt-Grabenstrasse / Haberhausstieg" bzw. zur Treppenverbindung "Grabenstrasse" * aufrecht zu erhalten"* mit dem Wort * jederzeit ergänzt wissen.

Der Baureferent gibt die Zusicherung, dass dies in den Baurechtsvertrag einfließen wird.

Ansonsten erfolgen keine Wortmeldungen.

ANTRAG

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest den Antrag auf Seite 7 der Vorlage.

"Der Grosse Stadtrat stimmt der Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 576 „Haberhaus“, Neustadt 51, im Baurecht an die Ecobauhaus AG, Herrn G. Cerfeda, Architekt, 8400 Winterthur, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 25. September 2001 genannten Bedingungen zu."

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR vom 25. Sep. 2001 zu und heisst dessen Antrag mit **47 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Vorlage des SR Richtplan Parkierung

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in einer 13er SPK vorberaten.

Peter Käppler (SP) Präsident der SPK *

"Seit der runde Tisch Parkraumplanung 1999 seine Arbeit beendet hatte und für die städtische Parkplatzpolitik ein breiter Kompromiss gefunden wurde, ist es um dieses Thema ruhiger geworden, was aber keinesfalls heisst, dass diesbezüglich weniger gearbeitet wird.

Mit der Verabschiedung des Schlussberichtes vom 17.8.1999 wurden viele Aufträge und Aufgaben verbunden, welche jetzt erst noch gelöst werden müssen. Eine dieser Aufgaben ist die heute zu besprechenden Richtplanung Parkierung, eine weitere - nämlich diejenige der Einrichtung eines Parkleitsystems - beginnt morgen mit der Kommissionsarbeit.

Die nun zu behandelnde Vorlage ist also im Zusammenhang mit den Arbeiten, welche der "historische" Parkplatzkompromiss ausgelöst hat, zu verstehen. Das Parkplatzkonzept von 1991 mit der Formel $300+300-300=300$ wurde mit Beschluss des Parlamentes vom 14.9.1999 ausser Kraft gesetzt. Anstelle dieser "Erbsenzählformel" ist ein ganzes Paket von Massnahmen beschlossen worden. Diese Massnahmen wurden gegliedert in folgende Bereiche:

- Planerische Massnahmen
- Rahmenbedingungen für Parkierungsanlagen
- Flankierende, bauliche Massnahmen
- Verkehrliche und betrieblich-organisatorische Massnahmen
- Politische Massnahmen

Mit der Umsetzung dieser Massnahmen wurde der Stadtrat beauftragt. Dieser hat an seine Seite ein beratendes Gremium gestellt, den Umsetzungsstab. Dieser Stab steht unter der Leitung von Herrn Stadtrat Kurt Schönberger, unser Rat ist durch die Herren Grossstadträte Roland Schöttle und Bernhard Egli darin vertreten.

Eine der wichtigen Aufgaben, welche dieses Gremium hat, ist die Massnahme 4.2.1. Ich zitiere Ihnen kurz aus dem Bericht des runden Tisches:

"Richtplanung Parkierung als Positivplanung

Der Richtplan Parkierung soll aussagen, wo in Zukunft Parkierungsanlagen möglich sein sollen. Die Planung sagt weiter aus, wo Kurzzeitparkierungsmöglichkeiten im Strassenraum und Parkplätze weiterhin angeboten werden sollen. Die Planung soll sich auf dem Betriebs- und Gestaltungskonzept des Strassenraums bzw. auf die Leistungsfähigkeit des Strassennetzes stützen. Und weiter: Die Planung soll eine Prognose der Lärm- und Luftbelastung bei verschiedenen Grössen der Parkierungsanlagen und Belegungs- und Bewirtschaftungs-Szenarien enthalten. Diese Angaben dienen den Projektanten von Parkierungsanlagen als Grundlage für die Ausarbeitung umweltverträglicher Einzelprojekte."

Zudem wird in diesem Massnahmenpunkt verlangt, dass die Parkplatzverordnung revidiert werden muss, und die planerische Berücksichtigung des bereits erwähnten Parkleitsystems gefordert; beides wird heute aber nicht behandelt.

Die gestellten Anforderungen an die Richtplanung waren hoch komplex. Es ist darum verständlich, dass die Ausarbeitung dieser Richtplanung an Spezialisten übergeben wurde. Für die Ausarbeitung der Verkehrsbelastung war das Büro Erb+Partner in Winterthur beauftragt worden, für die Berechnungen der Umweltauswirkungen die Oekogeo AG in Schaffhausen. Gestatten Sie mir, dass ich zuerst auf diese Richtplanung eingehe, bevor ich über die Kommissionsberatung berichte. Es geht um den Inhalt des Kataloges, den Sie alle erhalten haben.

Die vorliegende Richtplanung ist für die Stadtverwaltung wie auch für uns ParlamentarierInnen ein wichtiges Arbeitsinstrumentarium. Im Sinne einer Positivplanung wurde aufgezeigt, was bei der Parkplatzplanung möglich ist, und zu welchem Preis wir dies bekommen können. Als Rahmenbedingung vorgegeben war das heutige Strassennetz, sowie dass sich allfällige Ausbauten auf die Knoten zu beschränken hätten. Die Aussagen über zu erwartende Lärm- und Luftbelastungen sind als planerisches Hilfsmittel an interessierte BauherrInnen zu verstehen; es ersetzt keine UVP bei Projekten über 300 Parkplätzen - eine solche ist bei einem Projekt nach wie vor einzureichen.

Es wurden vier Szenarien ausgerechnet. Das erste Szenarium ist das Maximal-Szenarium. Hier wurde berechnet, mit welchen Auswirkungen zu rechnen wäre, wenn sämtliche möglichen Parkhäuser gebaut würden. Dies gäbe einen Nettozuwachs von zirka 1080 Parkplätzen gegenüber heute. Bei allen Szenarien abgezogen sind die aufzuhebenden Parkplätze in der Altstadt. Bei der Aufhebung von Parkplätzen wurde aber immer davon ausgegangen, dass 20% der Parkplätze als Kurzzeitparkplätze für den Güterumschlag erhalten, respektive dafür umgenutzt werden.

Bei den Szenarien zwei bis vier wurde die Berechnung mit jeweils zirka 200 neuen Parkplätzen weniger durchgeführt.

Dazu noch weitere Berechnungsgrundlagen zum besseren Verständnis der Modellrechnungen:

- Es wurde mit einer generellen Verkehrszunahme von 6% gerechnet.
- Die Verkehrsbelastungen sind auf die abendliche Spitzenstunde von 17.00 -18.00 Uhr ausgelegt, weil dann das Verkehrsaufkommen am höchsten ist.
- Die Lärm- und Luftimmissionen wurden an verschiedenen Punkten gemessen und berechnet, diese basieren auf dem durchschnittlichen Verkehrsaufkommen.
- Bei den Parkplatzzahlen sind immer nur die öffentlich zugänglichen Parkplätze berechnet. Private Parkplätze sind in der Grundbelastung enthalten.

Bei den Schlussfolgerungen des Berichtes zeigte sich, dass das Strassennetz bei den Szenarien 1 und 2 überlastet wäre, und Ausbauten bei den Knoten Kammgarn und Adler zur Folge hätten. Im Weiteren müssten bei der Qualität der FussgängerInnenverbindungen Abstriche gemacht werden. Zwar wären die Umweltauswirkungen verträglich, aber der Handlungsbedarf auf denjenigen Strassenabschnitten, wo die Immissionsgrenzwerte bereits heute überschritten sind, würde erhöht.

Erst beim Szenarium 3 kann ohne bauliche Massnahmen eine genügende Verkehrsqualität erreicht werden. Bei diesem Modell kann der Verkehr unter Beibehaltung der heutigen Regelung der FussgängerInnenverbindungen aufrecht erhalten werden. Aber auch hier sind bereits kritische Auslastungsgrade an verschiedenen Knoten zu erwarten und ein Parkleitsystem erwünscht.

Das Szenario 4 wurde nicht berechnet, da es mit einem Nettozuwachs von 380 Parkplätzen unter den kritischen Werten liegt und realisierbar ist.

Sie finden im Richtplan alle nötigen Berechnungen, welche diesen Schlüssen zu Grund liegen. Auf Seite 10 können Sie ersehen, welche Annahmen bei den

Parkierungsanlagen im Modell berechnet wurden. Weiter nachfolgend finden Sie die Ausführungen zu den einzelnen Modellrechnungen, deren Quintessenz dann in der Vorlage des Stadtrates enthalten ist.

In den Anhängen finden Sie ab A2-II Karten, auf denen Sie anschaulich die in den einzelnen Szenarien berücksichtigten Parkieranlagen ersehen können. Im Anhang 3 befinden sich die Resultatübersicht der einzelnen Berechnungen, und im Anhang 4 sind die Verkehrsmodelle aufgezeichnet - nach Belastung der einzelnen Strassenabschnitte und der Knoten.

Auch wenn gewisse Parkierungsanlagen heute nicht mehr im Gespräch sind, z.B. das Parkhaus an der Bahnhofstrasse oder neue, bei der Ausarbeitung noch nicht bekannte Projekte auf den Plan kommen, wie z.B. das +GF+ Projekt im Mühlental, haben diese Daten des Richtplans nicht an ihrem Wert eingebüsst. Sie geben uns PolitikerInnen eine Entscheidungsgrundlage, in welche Richtung wir die Entwicklung der Parkraumpolitik in dieser Stadt bringen können. Das Ergebnis der Richtplanung zeigt uns auf, was möglich ist. Mit der Prämisse für ein Szenario geben wir noch keinen Entscheid für den Bau eines Parkhauses. Die meisten Projekte sind von privaten Investoren abhängig. Mit dem Entscheid für ein Szenario geben wir aber Signale, welche Entwicklung wir wollen und welche politisch tragfähig ist.

Hier knüpfte dann auch die Vorlage des Stadtrates an und begann die Kommissionsarbeit.

Der Stadtrat hat in seinem Bericht 6 Punkte aufgelistet, mit denen er zur Richtplanung Stellung nimmt:

- Er ist für eine Vergrösserung des Parkplatzangebotes im peripheren Altstadtbereich.
- Er möchte die Suche nach Investoren für zusätzliche öffentliche Parkplätze intensivieren.
- Er legt die Prioritäten beim Bau peripherer Parkhäuser auf die Gebiete Bleiche (Landhausareal) und Fischerhäuserberg, im innerstädtischen Bereich auf den Neubau im Bereich Herrenacker Süd. Er sieht aber auch weitere Parkhausbauten als möglich an, sofern sie die im Szenario 3 erwähnte Grössenordnung von 640 Parkplätzen zusätzlich nicht überschreiten.
- Die Reduktion der bestehenden Parkplätze in der Altstadt, einher gehend mit dem Bau neuer peripherer Parkplätze.
- Aufwertung der Fuss- und Radwegverbindungen.
- Keine zusätzlichen Anlagen in den Bereichen Kammgarn und Rollschemelanlage, bis die Planung für diese Gebiete abgeschlossen ist.

Der Stadtrat legt sich in seiner Vorlage also klar auf das Szenario 3 fest.

Die Spezialkommission " Richtplan Parkierung " hat die Vorlage des Stadtrates vom 8.5.2001 in drei Sitzungen behandelt. Sie hatte zu beraten, ob sie mit den vorher erwähnten Schlussfolgerungen des Stadtrates einverstanden ist oder ob sie andere Prämissen sieht.

Der Umfang des Richtplanes, aber auch die komplexe Materie hatte zur Folge, dass die Kommission viel Zeit für das Einarbeiten in den Bericht, für Fragen an die anwesenden Fachleute benötigte. Diese Zeit war nötig, und ich danke den Fachleuten Herrn Lacher vom Büro Erb+Partner und Herrn Müller, Stadtingenieur für ihre Ausführungen.

In der Eintretensdiskussion zeigte es sich, dass die Vorstellungen über die zukünftige Anzahl der Parkplätze immer noch weit auseinander gehen. Zwischen Maximalforderungen des Gewerbes nach mehreren tausend zusätzlichen Parkplätzen und dem Nullwachstum auf der anderen Seite stand der mit dem runden Tisch beschlossene Parkplatzfrieden und wirkte besänftigend auf die unterschiedlichen Vorstellungen, so dass in der Kommission sachlich und mit hoher Gesprächskultur verhandelt werden konnte, was ja bei diesem Thema nicht immer der Fall ist. Das Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission denn auch nicht bestritten.

In der Detailberatung wurden unter anderem die folgenden Schwerpunkte diskutiert: Die Problematik der Gratis-Parkplätze bei den Einkaufszentren auf der grünen Wiese. Diese ist Gegenstand des Massnahmenplans "Lufthygiene" des Kantons und muss durch diesen angegangen werden.

Zu verschiedenen Fragen Anlass gab der Umstand, dass im Richtplan die Anlage Fischerhäuserberg zwar nicht berücksichtigt ist, diese jedoch in den Anträgen des Stadtrates enthalten ist. Dies ist wie folgt zu erklären: Bei der Modellrechnung wurde davon ausgegangen, dass entweder die Anlage Bachstrasse oder Fischerhäuserberg gebaut wird. Da die Anlage Bachstrasse schlechtere Auswirkungen auf das Strassennetz hätte, wurde diese in die Berechnungen einbezogen. Schlussendlich liegt es aber ausserhalb unseres Einflussbereiches, welches Projekt schlussendlich gebaut wird, denn ohne Investoren passiert überhaupt nichts, da es sich nicht um Projekte der Stadt handelt.

Die Zusammensetzung des Umsetzungsstabes wurde hinterfragt, weil nicht alle Parteien darin vertreten sind. Für den Stadtrat ist dieses Gremium ein Fach- und kein politisches Gremium, darum hat er diese Zusammensetzung so gewählt. Er befürchtet zudem, dass die Handlungsfähigkeit ungenügend wäre, wenn das Gremium zu gross ist. Der Umsetzungsstab handelt im Auftrag des Stadtrates und stellt diesem Anträge. Die Entscheidungsverantwortung liegt in den Händen des Stadtrates. Der Umsetzungsstab ist zudem verpflichtet, dem Parlament regelmässig Bericht über den Zwischenstand der Arbeiten abzugeben.

Natürlich wurde bei der Durchsicht des Berichtes sehr intensiv über die allfälligen Auswirkungen der verschiedenen Szenarien gesprochen. Da die Kommission jedoch am Bericht des Stadtrates nichts ändern konnte, mussten die Begehren der Kommission in die Anträge fliessen. An der letzten Ratssitzung wurden Ihnen die geänderten Anträge der Kommission verteilt.

Ich erläutere Ihnen nun die Ansicht der Kommission zu den einzelnen Anträgen und den von der Kommission beantragten Änderungen:

Wie Sie vielleicht bemerkt haben, fehlt in der stadträtlichen Vorlage auf der ersten Seite der Hinweis Vorlage des Stadtrates vom 8. Mai 2001. Dies wurde in der Einleitung der Anträge somit korrigiert.

Der Antrag 1, mit dem wir Kenntnis vom Bericht des Stadtrates nehmen, wurde von der Kommission unverändert übernommen.

Mit dem grundsätzlichen Einverständnis zu den Anträgen 2 und 3 hat die Kommission die Haltung des Stadtrates für das Szenario drei unterstützt.

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob der Stadtrat dieses Szenario nur deshalb gewählt habe, weil es ohne bauliche Massnahmen durchführbar sei. Die Kommission liess sich aber überzeugen, dass es noch weitere Vorteile gibt, welche für diese Variante sprechen. Die Anzahl neuer öffentlicher Parkplätze erfährt eine moderate Zunahme. Sie ist angesichts der heutigen Verkehrsentwicklung realistisch. Szenarien mit einer noch grösseren Parkplatz- und demzufolge Verkehrszunahme würden von der linken und grünen Seite nicht getragen.

Weil wir, wie erwähnt, beim Bau neuer Parkhäuser auch davon abhängig sind, ob die notwendigen Investoren gefunden werden können, geht dieses Szenario von einer Zahl aus, die auch vom Investorenbereich her realistisch ist. Wir können bei der Umsetzung dieser Variante dem Einkaufs- und Dienstleistungsbereich Altstadt entgegen kommen, weil wir ihm mehr Parkplätze anbieten, und die Altstadt kann endlich aufgewertet werden, weil mehr Plätze autoärmer gestaltet werden können. Für die Finanzsituation der Stadt ist es dabei wichtig, dass wir ausser dem bereits geplanten Parkleitsystem keine Investitionen tätigen müssen für Ausbauten der Strassenverkehrsanlagen. Und bedeutend ist auch, dass keine Abstriche gemacht werden bei den FussgängerInnen-, Velo- und Busverbindungen zur Altstadt. Die Kommission konnte sich einstimmig hinter dieses Szenario stellen, weil es wohl als einziges einen tragfähigen Kompromiss darstellt, und auch die Forderungen des runden Tisches nach Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Verbesserungen der Rad- und Fusswegverbindungen nicht beeinträchtigt.

Die von der Kommission vorgenommene Änderung des Antrages 2 ist eine formale. Das in der Aufzählung aufgeführte Parkhaus Herrenacker Süd ist ein Ersatz für das Provisorium Frauengasse und ergibt keine neuen Parkplätze. Aus diesem Grund wurde es in der Aufzählung gestrichen.

Im Antrag 3 wurde mit der zusätzlichen Formulierung für die Verbesserung der FussgängerInnenbeziehungen dem Anliegen des runden Tisches Nachdruck verliehen. Die Kommission befürchtete, dass die FussgängerInnenverbindungen unter der Verkehrszunahme am meisten leiden werden. Hinzu kommt, dass es für die peripher gelegenen Parkhäuser auch gute FussgängerInnenbeziehungen braucht, damit sie benutzt werden. Spätestens wenn das Auto abgestellt ist, wird jede/r AutofahrerIn zum/r FussgängerIn.

Wir beantragen Ihnen also folgende Änderung im 2. Satz: *Insbesondere sind in Verbindung mit der Planung und der Realisierung neuer Parkierungsanlagen die Fussgänger- und FussgängerInnenbeziehungen zur Altstadt zu verbessern (Forderung des runden Tisches „Parkraumplanung“).*

Der Antrag 4, auf provisorische Bauten für zusätzliche Parkplätze auf den Arealen Rollschemelanlage und Kammgarn vorläufig zu verzichten, lieferte innerhalb der Kommission wenig Gesprächsstoff, den Inhalt betreffend. Durch die bekannt gewordene Absicht der +GF+, im mittleren Mühlental zu bauen, erhielt er aber eine grössere Bedeutung. Dass auf den beiden Arealen vorläufig keine Provisorien erstellt werden sollen, war für die Kommission unbestritten. Da das Kammgarnareal gestalterisch in die Sanierung der Rheinuferstrasse einbezogen werden soll, macht es keinen Sinn, dort zusätzliche Anlagen zu erstellen. Das Rollschemelareal wird durch zwei Projekte tangiert, einerseits einem Neubau auf dem Landhuus/Bleiche-Areal, andererseits durch das vorerwähnte Projekt der +GF+.

Einig war sich die Kommission, dass die Bauten der +GF+ ausserhalb des Planungssperimeters unseres Richtplanes zu liegen kommen. Trotzdem muss zugewartet werden, wie sich dieses Projekt entwickelt und welche Konsequenzen es für das Rollchemelareal hätte. Darum macht es vorläufig keinen Sinn, auf dem Rollchemelareal Bauten zu planen.

Die Information des Parlamentes über die Umsetzung des vorliegenden Richtplanes, vor allem im Bezug auf die Erstellung neuer Parkplätze und die Aufhebung von Parkplätzen in der Altstadt, muss gewährleistet werden. Diesen Wunsch äussert die Kommission einstimmig. Am sinnvollsten erachten wir die jährliche Berichterstattung im Verwaltungsbericht des Stadtrates. Darum beantragt Ihnen die Kommission, den Antrag 5 wie folgt zu ergänzen:

Der Grosse Stadtrat ist im Rahmen des Verwaltungsberichtes darüber zu informieren.

Die Kommission hat mit 9 Ja - bei 4 Abwesenheiten - einstimmig der Überweisung der Vorlage an den Grossen Stadtrat zugestimmt, und empfiehlt Ihnen die Zustimmung zu den ergänzten Anträgen.

Zum Schluss möchte ich es nicht unterlassen, Herrn Stadtrat Schönberger und den Kommissionsmitgliedern für die geleistete sachliche und effiziente Arbeit zu danken. Frau Riedel und Frau Loosli verdanke ich die hervorragende Arbeit beim Protokollieren unserer Sitzungen. Den Herren Müller und Lacher gebührt der Dank für ihre wertvolle Mitarbeit als Fachleute in der Kommission.

Die Parkplatzpolitik sei eines der Lieblingsthemen des Grossen Stadtrates, wusste die heutige Ausgabe der Schaffhauser Nachrichten zu berichten. Ich hoffe, dass Sie bei der Behandlung dieses Geschäftes heute diese Freude ebenfalls verspüren werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Peter Käppler (SP) Fraktionserklärung *

"Gestatten Sie mir, noch eine Stellungnahme der SP Fraktion zu diesem Geschäft abzugeben:

Die SP-Fraktion hat Stimmfreigabe zu dieser Vorlage beschlossen. Ein grosser Teil wird die Vorlage im Sinne der Kommission überweisen, und steht nach wie vor hinter den Ergebnissen des runden Tisches und deren Umsetzung. In diesem Sinne erachten sie auch den Auftrag für die Richtplanung als erfüllt und sind froh, dieses Arbeitsinstrumentarium zur Verfügung zu haben. Angesichts der allgemeinen Entwicklung des Privatverkehrs können wir mit der Vorgabe des Szenarios 3 leben, sofern die flankierenden Massnahme des runden Tisches und die Reduzierung der Parkplätze in der Altstadt im geforderten Masse vollzogen werden. Wir bitten den Stadtrat auch, sich frühzeitig Gedanken zu machen über die Gestaltung der verkehrsfreien Flächen der Altstadt, und das Parlament über diese Absichten zu informieren.

Dies ist die Erklärung des befürwortenden Teiles unserer Fraktion. Weitere Wortmeldungen werden folgen."

Susanne Günter (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Als erstes möchte ich dem Präsidenten der Kommission, Peter Käppler, herzlich danken für seine kompetente Führung der Sitzungen.

Er ist in seinem Abschlussbericht auf den sachlichen Inhalt der Vorlage ausführlich eingegangen; es erübrigt sich, dies zu repetieren.

Dem Stadtrat ist zu danken, dass er die Einsetzung des "runden Tisches" realisiert hat.

Um es vorweg zu nehmen, die FDP/CVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und den geänderten Anträgen zustimmen.

Lassen Sie mich jedoch einige Gedanken zum "Richtplan Parkierung" anbringen. Der Schlussbericht Parkraumplanung des runden Tisches war die Ausgangslage für diese Vorlage, und an diesem runden Tisch sassen schon Leute mit den unterschiedlichsten Meinungen über Parkplatzangebote in dieser Stadt - wir kennen die Zusammensetzung.

Unschwer zu erkennen, dass mit dieser Vorlage hier eine Kompromisslösung entstanden ist. Dank der Einsetzung des runden Tisches konnten die Diskussionen deblockiert und im Dialog über eine mögliche Umsetzung von Projekten für vermehrte Parkplatzangebote verhandelt werden.

Während Jahren haben wir uns bei diesem Thema gestritten. Mit diesem Vorgehen und der daraus resultierenden Vorlage gehört diese unrühmliche Zeit nun hoffentlich der Vergangenheit an.

Beide Seiten, Befürworter und Gegner, mussten Kompromisse eingehen. Hätten wir in der Kommission auf den Szenarien 1 oder 2 bestanden, so wären wir heute nicht in der Lage, ein Produkt zu verabschieden, welches über die Parteien hinweg Zustimmung erfahren wird.

Gerne hätte ich persönlich - dies ist nicht die Meinung der ganzen FDP/CVP-Fraktion - die Szenarien 1 oder 2 favorisiert, musste jedoch einsehen, dass damit der Streit um mehr Parkplätze erneut entbrannt, und wir wieder bei Adam und Eva wären.

Die Studien von Oekogeo und dem Ingenieurbüro Erb und Partner weisen aus, dass in Spitzenzeiten die neuralgischen Punkte den Verkehr ohne bauliche Anpassungen nicht hätten schlucken können.

So ohne Kritik haben wir diese Studie nicht hingenommen. Es sind kritische Fragen gestellt worden. Den Aufrufen, "in die Wüste schicken", oder wie im Bock geschrieben, ich zitiere: "Schickt doch diese theoretisierenden Parkraumplaner in die Hölle" wollten wir dennoch nicht Folge leisten, und haben diese Studie sehr sorgfältig hinterfragt.

Die Studie zeigt auf, dass Szenario 1 und 2 durchaus realisierbar wären, jedoch die Verkehrsqualität des *bestehenden* Strassennetzes während der Belastungsspitze ungenügend ist. Würden wir darauf bestehen z. B. Szenario 2 mit einen Zuwachs von 840 Parkplätzen zu unterstützen, so könnte dieses Szenario, wie gesagt, nur im Zusammenhang mit baulichen Massnahmen realisiert werden, und eine Verschlechterung der Fussgängerfrequenzen an der Bachstrasse müsste in Kauf genommen werden.

So gesehen, muss man sich fragen: Wären wir zum heutigen Zeitpunkt bereit, einige Hunderttausend Franken, wenn nicht Millionenbeträge, in den Strassenbau zu stecken? Auch hier, ein grosses Fragezeichen.

Nach seriöser Abklärung und Diskussion in der Fraktion sind wir dann zum Schluss gekommen, dass es einmal mehr besser ist, den Spatz in der Hand zu haben als die liebe Taube auf dem Dach! - oder besser gesagt: Wir haben die für die heutige Situation vernünftigste Variante gewählt, mit der wir in naher Zukunft leben können.

Wenn wir diese Vorlage nun mit Glanz und Gloria verabschieden sollten, dann ist es immer noch nicht aller Tage Abend! Wollen wir von diesem nun vorgeschlagenen Szenario 3, Zunahme von 640 Parkplätzen profitieren, dann müssen wir zuerst einmal Investoren finden, die das Risikokapital zur Verfügung stellen.

Ein äusserst wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang erscheint mir die Zonenplanung um den Altstadtkern. Roland Schöttle hat mit seiner Kleinen Anfrage vom 18. November dem Stadtrat die richtigen und wichtigen Fragen gestellt. Eine Ausgliederung der Zone hinter dem Bahnhof, zur sofortigen Aufarbeitung und separaten Behandlung ausserhalb des in Arbeit stehenden Zonenplanes, scheint äusserst wichtig zu sein. Wir können und dürfen nicht warten, bis der neue Zonenplan die politischen Hürden durchlaufen hat und erst noch einer Volksabstimmung Stand halten muss. Wertvolle Jahre würden ins Land ziehen und mögliche Investoren verunsichern.

In der Kommission ist uns zwar unmissverständlich bestätigt worden, dass ein Investor hinter dem Bahnhof im Rahmen des gültigen Baugesetzes Parkplätze erstellen kann, die den Bedürfnissen des Baues selbst und denjenigen des öffentlichen Parkplatzangebotes entsprechen. Die Realisierung von Parkmöglichkeiten hinter dem Bahnhof muss erste Priorität erhalten. Wir sind auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage des Stadtrates sehr gespannt.

Trotz der wiederkehrenden, schlechten Nachrichten um uns herum, sind wir hier im Kanton Schaffhausen in Aufbruchstimmung - ich denke an die bemerkenswerten Erfolge der Wirtschaftsförderung der letzten Jahre!

Mit dieser Vorlage müssen wir ein positives Signal für die Stadt Schaffhausen aussenden. Wir müssen den Leuten sagen, dass der Weg punkto Parkplatzangebot geebnet ist und die Möglichkeit besteht, vermehrt am unmittelbaren Stadtrand Parkplätze anzubieten. Dieses Signal auszusenden wäre noch vor ein paar Jahren nicht möglich gewesen.

Die FDP/CVP-Fraktion steht hinter dieser Vorlage, und wir fordern Sie alle auf, zusammen diesen neuen Weg in der Parkplatz-Politik einzuschlagen und mit Erfolg weiterzuführen."

Urs Tanner (SP) Votum *

"Ich bin auch in Aufbruchstimmung, aber wahrscheinlich aus einer etwas anderen Sicht. Ich habe ein bisschen die Gnade der späteren Geburt. Ich bin zwar nicht nach dem runden Tisch "Parkraumplanung" auf die Welt gekommen, aber doch nachträglich in den Grossen Stadtrat nachgerückt.

Ich kann diesem Bericht aus verschiedenen Gründen überhaupt nicht zustimmen.

1. Ich stimme diesem Bericht, der in meinen Augen eine "Mehr-mehr-mehr-Studie" ist, nicht zu, weil wir insgesamt eine jämmerliche Klimapolitik betreiben.
Der Verkehr auf unseren Strassen nimmt unaufhörlich zu. Mit der Flut der Autos und Lastwagen schwillt der Energieverbrauch und damit der Ausstoss von CO₂ und anderen die Umwelt schädigenden Gasen an.
Die negativen Folgen des Verkehrs für die Gesundheit von Mensch und Umwelt sind seit Jahren bekannt. Die Ärzteschaft beklagt eine Zunahme der Atemwegserkrankungen. Die Schäden an den Gebäuden zeugen von der Aggressivität der Abgase.

Doch der Trend zu immer grösseren und schwereren Autos mit energiefressenden Klimaanlage hält ungebrochen an. Der durchschnittliche Verbrauch pro 100 Kilometer beträgt nach wie vor rund 9 Liter. Dabei sind auf dem Schweizer Markt bereits mehr als 20 Autotypen erhältlich, die weniger als 5 Liter verbrauchen.
Wir müssen mehr Oeko-Autos anbieten und nicht mehr Parkplätze.

2. Ich stimme diesem Bericht nicht zu, weil im Bericht runder Tisch die Rede ist von einer Vision der Altstadtentwicklung und einer dynamischen Grösse der Anzahl der Parkplätze.

Die Vision und die dynamische Grösse im vorliegenden Bericht bestehen aus 3 Zahlen:

Plus 1080

Plus 820

Plus 640

Diese Zahlen sind sehr visionär; es hat keine Minuszahl.

3. Ich stimme diesem Bericht nicht zu, weil in unserem Bericht runder Tisch S. 5 über die Verfügbarkeit von Parkplätzen steht: "unter der Woche waren gesamthaft innen und aussen zu jeder Tageszeit stets mehr als 200 Parkplätze frei ..."
Auch hier: Nicht mehr Parkplätze, sondern ein Parkleitsystem - wie aufgegleist - brauchen wir.

4. Ich stimme diesem Bericht nicht zu, weil unsere Studie runder Tisch zum Thema "Wirtschaftliche Aspekte des Parkplatzangebots" auf S. 7 sagt:
„Die Untersuchung Mobilität in ZH hat für das Einkaufsverhalten die Wichtigkeit der Kriterien ermittelt, die bedeutend sind für die Wahl des Geschäftes:

Nr. 1. Angebot//Sortiment 92 % der Befragten

Nr. 2 Umfeld 90 %

Nr. 3 Service 89 %

Nr. 4 Preise 80 %

Nr. 5 Atmosphäre im Geschäft 76%

Nr. 6 Parkmöglichkeit 31 %

Das bedeutet, dass die Parkmöglichkeit noch auf dem 6 Platz landet; trotzdem werden Parkplätze immer wieder hervorgehoben und gepusht - eine masslose Ueberschätzung der Bedeutung von Parkplätzen.

5. Ich stimme diesem Bericht nicht zu, weil Punkte aus dem runden Tisch aus dem Jahre 99, wie zum Beispiel Periodische Orientierung des Grossen Stadtrates und

der Öffentlichkeit über den Stand der Umsetzung (wie auf S. 21 erwähnt), nie oder selten gemacht wurden.

6. Ich stimme diesem Bericht nicht zu, weil ich meine Motion vom 25.1.2000 betr. Kompensation von 50 Parkplätzen zurück genommen habe, weil mit Hinweis auf den Stadtratsbeschluss vom 21. März 2000 gesagt wurde, es würden sowieso Parkplätze im Bereich Münsterplatz, Vorhof und Beckenstube abgebaut, wenn das Parkhaus Herrenacker eröffnet würde.
Jetzt kommt der Punkt 5 der Vorlage, aufgrund dessen die Reduktion der Parkplätze wieder hinaus geschoben wird.

Fazit: Das Plus wird verwirklicht, das Minus wird vielleicht geplant, aber nie durchgesetzt. Haberhaus ist das jüngste Beispiel; es wird verwirklicht, es gibt einen Baurechtsvertrag, wohin die dortigen Veloabstellplätze kommen, weiss man nicht. Vielleicht wird geplant. Danke."

Alfons Cadario (EVP) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB

"Ich danke vorerst dem Kommissionspräsidenten Peter Käppler für die Leitung der Kommissionssitzungen und für den ausführlichen Bericht.

Unsere Fraktion hat an einigen Sitzungen über diese Vorlage beraten. Wir begrüßen, dass es im Zentrum eine Reduktion von Langzeitparkplätzen gibt, und dass an der Peripherie Parkhäuser durch private Investoren gebaut werden. Das ist eine alte Forderung.

Wenn ich die Vorlage betr. Herrenacker von 1976 hervor nehme, bin ich doch froh, dass der Stadtrat seine Meinung geändert hat. In der besagten Broschüre steht nämlich noch: "Stadtparkhäuser am Stadtrand bringen wirtschaftlich weniger. Sie können das zentrale Parkhaus ergänzen aber nicht ersetzen. Vorläufig sind diese Ergänzungen nicht nötig." Ich glaube trotzdem, dass sie nötig sind.

Das bevorzugte Szenario für unsere Fraktion wäre eines zwischen Null Parkplätzen und dem Szenario 4. Aber dem guten Kompromiss zuliebe akzeptiert die Mehrheit der Fraktion das Szenario 3. Die Anzahl Parkplätze im Richtplan sind zur Zeit geplant, d.h. es können später immer noch gewisse Abweichungen beschlossen werden.

In diesem Sinne unterstützt eine Mehrheit der Fraktion die Anträge der SPK, speziell den Antrag 3 mit den Änderungen der SPK."

Edgar Zehnder (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU

"Nach den allzu pessimistischen Ausführungen von GrSR Tanner möchte ich seine "Plus-Plus-Plus-Theorie" mit einigen Stichworten doch positiver umrahmen.

Der Stadtrat war beauftragt, aus umweltpolitischen und verkehrstechnischen Gesichtspunkten abzuklären, wie viele Parkplätze in der Stadt Schaffhausen überhaupt realisierbar sind.

Uns allen ist klar, dass es in unserer Stadt zu wenig Parkplätze gibt. Die Vorlage ist eine technische Grundlage, welche in einem politischen Konsens erarbeitet wurde und für spätere Investoren Anhaltspunkte über mögliche Ausbaupläne verschaffen soll.

Mit der Formulierung hat sich der Stadtrat hohe Ziele gesteckt; so sollen auch mit Mehrverkehr Fussgängerbeziehungen zukünftig sogar verbessert werden.

Deshalb - bin ich der Überzeugung - sollten punktuell durch gezielte flankierende Massnahmen längerfristig kritische Verkehrsknoten entlastet werden, um den jährlich steigenden Individualverkehr umweltverträglich in unserer Stadt aufnehmen zu können.

Trotz diesen vielversprechenden Ansätzen kann mich dieses Vorhaben erst dann begeistern, wenn es auch realisiert ist.

Der Stadtrat hat sich im vorliegenden Szenario 3 bewusst nicht auf ein Zahlenspiel eingelassen.

Es freut mich; Ihnen im Namen der SVP/EDU-Fraktion mitzuteilen, dass wir die Vorlage des Stadtrates unterstützen und ihr auch zustimmen werden."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich habe mir vorgenommen, mich innerhalb der Debatte zu diesem Geschäft nicht zu Wort zu melden, aber Herr GrSR Tanner hat mich ein bisschen heraus gefordert. Ich bedaure es, Herr Tanner, dass Sie - mit Ihrer Art zu sprechen - zurück gefallen sind in die Zeit vor dem runden Tisch. Irgendwie fehlt Ihnen eine Information, was da passiert ist. Ich habe es anlässlich der letzten Ratssitzung auch festgestellt, dass Ihnen eine Information gefehlt hat.

Es ist unwahr, wenn Sie sagen, dass der Umsetzungsstab nicht berichtet hat. Er hat in dieser Sache einen ganz offiziellen Zwischenbericht an den GrSR abgeliefert. Da möchte ich Sie einfach bitten, nehmen Sie doch den Ball auf des Kompromiss suchens und darnach des Kompromiss findens, um in der Politik vorwärts zu kommen. In diesem Stil hätten wir heute das Problem des Parkings Herrenacker nicht gelöst, und wir wären auch nicht so weit, dass wir heute über ein Parkplatz-Konzept beraten und abstimmen könnten, damit es in Schaffhausen endlich Spielraum gibt, um zu entwickeln."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ob uns das Parkhaus Herrenacker letztlich das Glück der Welt beschert, wissen wir ja auch nicht. Persönlich kann ich mich so äussern: Ich finde den Kompromiss soweit i.O.; wir haben lange Vieles mit getragen. Es ist ja auch keine Frage, dass heute dieser Vorlage zugestimmt wird. Darum kann ich mir das Recht heraus nehmen, doch gewisse Bedenken zu äussern. Ich werde mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Ich will nicht Nein sagen, weil wir Vieles mit getragen haben.

Ich gehöre nach wie vor zu jenen Menschen, die davon überzeugt sind, dass immer noch zu viel Auto gefahren wird. Ich bin überhaupt nicht gegen den Individualverkehr; wenn es nötig ist, soll man das Auto benutzen. Vor allem aber die SchaffhauserInnen sind zum Teil unglaublich bequem. Die Parkplätze im Feuerwehr-Zentrum und auf dem Strickmaschinen-Areal sind nicht gut besetzt und anscheinend bereits zu weit vom Einkaufsort entfernt. Auch die Parkplätze beim Bushof sind anscheinend zu weit weg und nicht immer belegt. Solange dies so ist, zweifle ich daran, ob tatsächlich so viele zusätzliche Parkplätze benötigt werden. Je mehr Parkplätze bereit gestellt werden, umso häufiger wird das Auto benutzt.

Weil ich die Sache anders gewichte, werde ich der Vorlage nicht zustimmen, sondern mich der Stimme enthalten. Es braucht Stimmen, die darauf aufmerksam machen, dass wir den Verkehr nicht bedenkenlos aufbauen können."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Ich staune immer wieder, wie Personen, welche die Altstadt als Einkaufszentrum fördern möchten, sich mit ihren Argumenten in einem Bereich bewegen, wo sie gerade das Gegenteil bewirken. Sie wissen, dass wir von grossen Einkaufszentren umgeben sind, welche ihrer Kundschaft die Möglichkeit bieten, dort mit dem PW einzukaufen. Diese Möglichkeit ist in der Stadt einfach nicht oder nur sehr beschränkt vorhanden. Jetzt haben wir hier eine Vorlage, die m.E. sehr moderat ist, die wirklich von einem Konsens getragen ist, und unseren Geschäftsleuten in der Altstadt hilft, etwa gleich lange Spiesse einsetzen zu können in der Konkurrenz mit den umliegenden grossen Einkaufszentren. Ich finde es schade, dass jetzt wieder dieser Ton angeschlagen wird, und wir uns argumentativ in einer Schwarz-weiss-Malerei bewegen, die überhaupt nichts bringt. Wir polarisieren damit wieder ein Thema, das hier auf einer sachlichen Ebene in dieser Vorlage, in der bereinigten Fassung auch der SPK zur Diskussion steht.

Eigentlich wollte ich meiner Freude Ausdruck geben, dass wir hier eine Vorlage haben, die von einem breiten politischen Konsens getragen ist, der beispielhaft sein sollte auch für andere Sachgeschäfte, die wir vor allem auf kommunaler Ebene zu lösen haben. Wenn ich jetzt das Votum von Kollege Tanner höre, dann sehe ich die Gefahr, dass wir uns wieder auf einen Weg begeben, der zu keinerlei Lösungen Hand bieten wird.

Wir wollen eine attraktive Altstadt. Ich bin auch der Meinung, dass man sich möglichst oft zu Fuss in dieser Altstadt bewegen sollte. Aber unsere Geschäftsleute in der Altstadt, die wir schätzen, mit ihrem guten Service, Angebot und all den Punkten, die GrSR Tanner angeführt hat, sind bis zu einem gewissen Grad darauf angewiesen, dass ein einigermaßen vernünftiges Parkraumangebot besteht.

Ich möchte sehr an Sie appellieren, dass Sie in der Auswahl Ihrer Argumente diese Aspekte bedenken und dass Sie auch weiterhin - auch auf der Seite der SP und der Grünen - diesen Konsensweg zusammen mit uns beschreiten."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Das kann man verschieden anschauen. Weil ich ausgesprochene Fussgängerin bin, benutze ich ausschliesslich Altstadtgeschäfte für meine Einkäufe. Weil ich kein Auto habe, komme ich nicht in Versuchung, je in eines dieser "blöden" Einkaufszentren zu fahren. Ich war noch nie in Feuerthalen, das interessiert mich überhaupt nicht. Mich interessiert auch nicht die Migros in der Unterstadt und auch das Coop-Geschäft ist mir viel zu gross. Das sind für mich unübersichtliche Läden. Ich gehe gerne in die Kleinläden und auf den Markt einkaufen. Dazu benötige ich weder ein Auto noch einen Parkplatz. Die Leute, welche in den "Aldi" gehen, kaufen dort aus finanziellen Gründen ein. Sie machen jedoch eine komische Rechnung, weil sie die Kosten für das Auto nicht mit einbeziehen. Sie bringen die Leute in die Altstadt, wenn diese gut zu erreichen ist und man ungestört von Autos dort flanieren kann. Das ist, was die Altstadt attraktiv macht. Wenn die Läden einen guten Service und einen Hauslieferdienst anbieten, macht dies die Attraktivität aus und nicht der Parkplatz!

Theres Brambrink (FDP) Votum

"Ich bin Betroffene, ich habe ein Geschäft in der Altstadt. Es ist eine Tatsache, dass die Kundschaft sehr nahe an den Einkaufsort fahren will. Dass verschiedene Geschäfte schlecht florieren, ist nicht zuletzt den mangelnden Parkplätzen anzulasten. Nebst den Einkaufszentren in der Agglomeration haben wir auch die Konkurrenz ennet der Landesgrenze. Die Leute fahren dorthin mit dem Auto, nicht mit dem Zug und nicht zu Fuss - sie wollen ihre Ware im Auto. Das ist das Problem. Ich bin überzeugt, wenn die Parkplätze in der Krummgasse und auf dem Platz aufgehoben werden, wird dies uns wieder Probleme bringen in der Region, wo wir unser Geschäft haben. Ich bin froh, dass man den vorgeschlagenen Kompromiss gefunden hat. Ebenso froh wäre ich, wenn eines Tages tatsächlich mehr Parkplätze zur Verfügung stehen würden. Es wäre ja schön, wenn die Theorie Wirklichkeit würde, dass alle Leute zu Fuss einkaufen gehen."

Bernhard Egli (OeBS) Votum

"Ich möchte nach dem Votum von Raphaël Rohner etwas Gegensteuer geben. Wir haben jetzt zwei Jahre lang nach dem runden Tisch Detailarbeit geleistet und einen breit abgestützten Kompromiss gefunden. Es ist nun an der Zeit und tut gut, dass das Parlament dieses Thema intensiv bearbeitet und diskutiert. Dabei sollen und müssen auch etwas abweichende Positionen artikuliert werden. Ich finde es falsch, wenn alle den "Einheitsbrei" essen müssen und niemand etwas anderes sagen darf. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die seinerzeitige Volksabstimmung bezüglich Entschädigung des Stadtschulrates. Da haben wir auch im Parlament einen Kompromiss gefunden, welcher vom Volk haushoch verworfen wurde. Es ist die Aufgabe hier im Parlament, dass man auch extreme Positionen artikuliert, damit Roland Schöttle und ich, die in der Arbeitsgruppe vertreten sind, dies auch hören und ernst nehmen. Man darf das nicht einfach unter den Tisch wischen. Wir tun gut daran, die Diskussion breit zu führen und den Kompromiss nötigenfalls ein wenig anzupassen. Es ist ja immer ein Geben und Nehmen."

Bea Hauser (SP) Votum

"Ich werde nicht gegen diese Vorlage aufstehen wie meine Fraktionskollege Urs Tanner, weil ich die Arbeit des runden Tisches und des Umsetzungsstabes nicht torpedieren will. Aber ich werde mich bei der Abstimmung der Stimme enthalten."

Wenn die Rechnung von Theres Brambrink aufgehen würde, müsste sich der Umsatz der Altstädte bei einer Anhebung des Parkplatzangebotes um 640 Plätze massiv steigern. Die Altstadtgeschäfte haben ihre Umsätze seit 25 Jahren mit den Parkplätzen in Verbindung gebracht. Es hat noch nie jemand gesagt: "Jetzt haben wir ein paar Parkplätze mehr, jetzt geht es mir besser."

Weshalb sind die von Ihnen in der Altstadt so gehassten Einkaufszentren im Herblingertal eigentlich mit Gratis-Parkplätzen "gepflastert"? Warum werden dort keine Parkgebühren erhoben? Wenn dort Gebühren erhoben würden, dann würde dies das Geschäft ein wenig verlagern. Ich bin mir aber völlig bewusst, dass der Coop-Rheinmarkt in Feuerthalen immer noch Gratis-Parkplätze anbieten würde. Ich bin nicht der Auffassung, dass die ganze Menschheit irgendwann aufhört, Auto zu fahren, wenn es einfach keine Parkplätze mehr gibt. Ich habe die ganze Arbeit des runden Tisches und des Umsetzungsstabes aufmerksam verfolgt. Ich hätte einen anderen Weg gewählt, der den Grünen und den Linken etwas mehr entgegen gekommen wäre.

Den bürgerlichen Fraktionen muss gesagt werden, dass sie den Kompromiss immer dann loben, wenn wir nachgeben!

Noch ein letztes Wort zum Umsetzungsstab, der uns Bericht erstatten soll. Ich habe den Baureferenten schon einmal gefragt, weshalb die beiden Fraktionen SP und SVP in diesem Umsetzungsstab nicht vertreten seien. Er hat darauf geantwortet, dass dieser Stab kein politisches Gremium sei. Um vielleicht doch einmal zu einem Kompromiss zu kommen, dem wir hier alle - vielleicht ausser Urs Tanner - fröhlich zustimmen können, müssen wir dem Umsetzungsstab doch ein wenig politisches Gewicht geben. Ich möchte dies als Empfehlung deponieren. Danke."

Peter Wullschleger (CVP) Votum

"Ich reime in der Tradition des Stadtpräsidenten: "Wotsch im Rat ä grosses Gschwätz, red'sch am beschte über Abstellplätz!" Wie die Diskussion zeigt, gibt es Argumente für und gegen einen solchen Vorschlag. Insofern ist ein breit abgestützter Kompromiss-Vorschlag zu begrüßen. Wer aus ökologischer Überzeugung auf das Auto verzichten will, wenn er in die Stadt einkaufen geht, dem sollte unsere Sympathie gehören. Die Argumentation von Urs Tanner gefällt mir letztlich nicht. Nach seiner Denkart müsste nämlich jedes Angebot konsequenterweise zu einer grösseren Nachfrage führen. Die Realität widerspricht diesem Befund. Insofern kann man daran glauben. Es trifft jedoch nicht zu, dass alle mit dem Privatauto in die Stadt einkaufen gehen, sondern es gehen viele zu Fuss bzw. mit dem öV. Insofern ist das Angebot, welches mit dieser Vorlage gemacht wird, ein wirklich guter politischer Kompromiss. Ich bitte Sie, diesem zuzustimmen."

Stadtrat Kurt Schönberger Stellungnahme des Stadtrates

"Ich möchte zuerst dem SPK-Präsidenten Peter Kämpfer ein Kompliment machen. Er hat Ihnen einen hervorragenden Kommissionsbericht vorgetragen, Ihnen alle Facetten dieser Vorlage geschildert und Sie auf alle Vor- und Nachteile hingewiesen. Daher muss ich nicht auf Details eingehen.

Mich hat sehr beeindruckt, dass der Stil des runden Tisches, die Art und Weise der Beratung, des Kompromissssuchens auch in der SPK Eingang gefunden hat. Das hat sich darin manifestiert, dass man bei der ersten Sitzung ganz entgegen gesetzte Vorstellungen hatte. Die einen wollten die Maximalvariante, die anderen wollten eine Nulllösung. Innerhalb der Kommission sind dann Lösungen erarbeitet worden, welche von der SPK mit 9 : 0 Stimmen bei 4 Abwesenheiten verabschiedet wurden, die im wesentlichen der Vorlage des SR entsprechen. Der SR hat ganz bewusst keine Zahlen in den Anträgen formuliert, obwohl er in der Beschreibung vom Szenario 3 spricht und damit die Zahl 640 eigentlich genannt hat. Wir wollten jedoch nicht, dass man wieder - wie es Peter Kämpfer genannt hat - Erbsen zu zählen beginnt, sondern dass man pragmatisch an die Sache heran geht.

Das Ergebnis des runden Tisches war die Basis für die Arbeit des Umsetzungsstabes, der nicht nach politischen, sondern nach fachlichen Kriterien zusammen gesetzt wurde. Wenn der GrSR glaubt, aus diesem Stab sei ein politisches Gremium zu machen, dann werde ich diesen Wunsch mindestens im Umsetzungsstab diskutieren. Wenn dieser Stab allenfalls ergänzt werden soll, dann sollen m.E. alle hier im Rat vertretenen Gruppierungen dort Einsitz nehmen können. Der SR hat den Umsetzungsstab mittels SR-Beschluss angewiesen, Sie laufend über die Ergebnisse mit Zwischenberichten und allenfalls mit einem Schlussbericht zu orientieren. Ein Zwischenbericht erfolgte mit Datum 14. Juli 2000.

Einige Mitglieder des Umsetzungsstabes haben anderen politischen Parteien, die nicht im Stab vertreten sind, das Angebot gemacht, in deren Fraktionen zu kommen und zu orientieren. Meines Wissens ist leider davon nicht Gebrauch gemacht worden.

Wenn heute wieder Töne laut werden, wie sie Urs Tanner geäußert hat, denke auch ich, dass so etwas Platz haben muss. Aber der Ton war schon ein Rückfall in eine Zeit der Grabenkämpfe, von der ich glaubte, dass sie vorbei sei.

Peter Kämpfer hat das Stichwort Herrenacker Süd erwähnt. Der SR hatte dies in seinen Anträgen. Die Kommission hat es heraus gestrichen. Ich benütze gerne die Gelegenheit, Sie kurz darüber zu orientieren, wie der Stand der Planung ist. Das Parkhaus Rosengasse gehört dem Kaufmännischen Direktorium. Die Stadt hat da nichts zu sagen. In der vergangenen Legislatur ist von uns eine Anfrage an das Kaufmännische Direktorium ergangen, ob es bereit wäre, hier etwas aufzugleisen. Die Bereitschaft wurde erklärt unter dem Hinweis, dass man mitmachen würde, wenn ein Projekt - hinter das man stehen könnte - präsentiert würde. Das ist dann erfolgt. Inzwischen hat es einen kleinen Zwist gegeben zwischen der Bauherrschaft und dem Architekten. Wir sind daran, diese Sache aufzuarbeiten. Die Stadt hat sich gewissermassen als Vermittlerin angeboten. Wir sind zusammen mit dem Volkswirtschaftsdirektor des Kantons auf gutem Wege, da unten etwas zu realisieren.

Peter Kämpfer hat weiter angeregt, man soll sich Gedanken machen über die Gestaltung der verkehrsfrei werdenden Flächen. Dies ist ein Thema, welches wir im Umsetzungsstab selbstverständlich besprochen haben. Wir haben entsprechende Beschlüsse gefasst und Anträge an den SR gestellt. Der SR hat bereits Beschlüsse gefasst. Das Tiefbauamt hat Szenarien erarbeitet, um nach kompletter Fertigstellung des Parkhauses Herrenacker eine erste Etappe umsetzen zu können.

Besonders gefreut hat mich die Botschaft aus der Pro City und aus dem Gewerbeverband. Bis anhin hörte man eigentlich immer, es hätte zu wenig Parkplätze. Ich stelle fest, dass ein Umdenkprozess stattgefunden hat. Man sieht, dass die Bestrebungen da sind, dass etwas gemacht werden will. Wenn dieses positive Denken erkennbar ist, dann strahlt dies etwas aus. Ich bin froh, dies heute so von Susanne Günter gehört zu haben. Sie hat auch von möglichen Umzonungen hinter dem Bahnhof gesprochen. Sie hat eine Schlaufe gemacht zur Kleinen Anfrage von Roland Schöttle. Diese haben wir heute als Neueingang behandelt. Ich habe die Antwort bereits ausgearbeitet und sie dem SR vorgelegt. Wir werden am nächsten Dienstag dazu Stellung nehmen und Ihnen die Antwort des SR anschliessend schriftlich zukommen lassen.

Edgar Zehnder hat die kritischen Verkehrsknoten angesprochen. Mit dem Bericht zum Richtplan haben wir dem Stadtingenieur den Auftrag gegeben, den Verkehrsablauf beim Schwabentor mit Blick auf den Adler-/Schwabentor-Kreisel zu untersuchen. Wenn dort etwas gemacht werden soll, greifen wir in einen sehr schwierigen Verkehrsknoten ein.

Abschliessend möchte ich darauf hinweisen, dass dieser Bericht "Parkraum Richtplan Parkierung" kein verbindlicher Richtplan, sondern ein Grundlagen-Bericht zum Richtplan ist, der im Sinne einer Positivplanung aussagt, wo in Zukunft im Bereich der Altstadt Parkieranlagen unter den Aspekten Verkehrstechnik und

Umweltverträglichkeit realisiert werden können. Wir sind davon ausgegangen, dass alles auf dem heute bestehenden Strassennetz abgewickelt werden kann.

Der Stadtrat hat darin einen politischen Kompromiss erblickt und ist deshalb auf das Szenario 3 gekommen. Er hat jedoch aus den erwähnten Gründen darauf verzichtet, eine Zahl in die Aufträge aufzunehmen.

Ich bitte Sie, diesem Bericht mit Freude zuzustimmen und nach aussen zu demonstrieren, dass der GrSR einmütig dahinter steht."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Iren Eichenberger (OeBS) verliert die Seitenzahlen 1 - 3 der Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ebenso wird das Wort zum Bericht "Parkraum Richtplan Parkierung" vom 16.03.2001 nicht verlangt.

ANTRÄGE der SPK

Iren Eichenberger (OeBS) verliert die Anträge.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 8 Mai 2001 zum Richtplan Parkierung, Verkehrsbelastung, Umweltauswirkung (16.03.2001).

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat befürwortet die Absichten des Stadtrates, in einer ersten Phase zusätzliche Parkplätze im Zusammenhang mit den Projekten Zentrum Landhaus und Fischerhäuserberg zu realisieren. Bei Bedarf können an peripherer Lage der Altstadt weitere zusätzliche Parkplätze realisiert werden.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Der Grosse Stadtrat unterstützt die Absicht des Stadtrates, die mit der A4-Eröffnung realisierten flankierenden Massnahmen beizubehalten. Insbesondere sind in Verbindung mit der Planung und der Realisierung neuer Parkieranlagen die Fussgänger- und Fussgängerinnenbeziehungen zur Altstadt zu verbessern (Forderung des runden Tisches „Parkraumplanung“).

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Auf provisorische Bauten für zusätzliche Parkplätze auf den Arealen Roll-schemelanlage und Kammgarn wird verzichtet, bis für beide Standorte konkrete Projektvorschläge vorliegen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

5. Der Umsetzungsstab Parkraumplanung wird den Zeitplan für die Aufhebung von Parkplätzen in der Altstadt nach Massgabe tatsächlich realisierter neuer Parkplätze festlegen und dem Stadtrat entsprechend Bericht und Antrag unterbreiten. Als Grundlage dazu dienen die Vorgaben des Berichts „Parkraumplanung, Richtplan Parkierung, Verkehrsbelastung, Umweltauswirkungen“. Der Grosse Stadtrat ist im Rahmen des Verwaltungsberichtes darüber zu informieren.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des SR vom 8. Mai 2001 zu und heisst die geänderten Anträge der SPK mit **39 : 2 Stimmen** gut.

Roland Schöttle (FDP)

Persönliche Erklärung

"Ich möchte dem Grossen Stadtrat danken, dass die Motion "Parkplatzpolitik 1998 der Stadt Schaffhausen" aufgenommen wurde und mit der gemeinsamen Politik Erfolge erzielt worden sind und werden. Ich erinnere daran, dass die Entwicklung der Parkplatzfrage u.a. dazu geführt hat, dass auch die Entwicklung des Umfeldes Herrenacker stattfindet. Ich bin überzeugt, dass die Arbeit des Umsetzungsstabes unpolitisch war und die Interessen aller, die am runden Tisch ihre Meinung platziert hatten, eingebracht und vertreten worden sind. Wir haben einen Schritt vorwärts gemacht."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Motion Christian Hablützel (SP) - Keine Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken!

Christian Hablützel (SP)

Begründung *

"Gerne begründe ich meine Motion zum Thema „Keine Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken“.

Schaffhausen ist von der Natur begünstigt. Wir leben in einer Region, welche sich durch sauberes Wasser, fruchtbare Böden und oekologische Vielfalt auszeichnet. Es ist dann auch das Stichwort Lebensqualität, welches wir in die Waagschale werfen, wenn es darum geht, unsere wirtschaftlichen Strukturschwächen und unsere Randlage zu kompensieren. So gesehen ist die Unversehrtheit unseres Lebensraumes eines unserer wertvollsten Erfolgspotenziale für die Zukunft.

Die mögliche Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen vor unserer Haustür ist wohl eine der brisantesten Zukunftsfragen für unsere Region. Die Zukunft langfristig zu sichern bedeutet deshalb, Entwicklungen mit Umsicht zu verfolgen und frühzeitig Einfluss zu nehmen, wenn sich Bedrohliches abzeichnet. Mit meiner Interpellation im März dieses Jahres zum Thema Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken wollte ich sicherstellen, dass das politische Schaffhausen am Thema bleibt und die Zukunft in diesem Bereich aktiv mit gestaltet.

Die damalige Antwort des Stadtrates konnte jedoch in keiner Weise befriedigen, im Gegenteil: Mit einem technischen Bericht wie aus einer Nagra-Broschüre und Hinweise auf übergeordnete Verfahren und Zuständigkeiten hat er den Eindruck entstehen lassen, die Zukunft der Stadt Schaffhausen wäre eine Schicksalsfrage und hätte vorbehaltlos übergeordneten Interessen zu weichen, Eine politische Willensbekundung ist bedauerlicherweise ausgeblieben.

Meine Motion vom 12.6.01 ist somit eine zweite Gelegenheit für den Stadtrat, am Ball zu bleiben und die Diskussion mit der Bevölkerung über die Wünschbarkeit eines Atomlochs vor unserer Haustür im Gang zu halten.

In einem demokratischen Staat soll der Volkswille oberstes Leitmotiv für die Haltung und für die zukünftigen Handlungen einer Exekutive sein und bleiben. Ausserdem steht es auch einem Parlament gut an, die Prozesse der Meinungsbildung in zentralen Fragen zu fördern und auf zukünftige Risiken hinzuweisen.

Die Unterzeichnenden laden den Stadtrat deshalb ein, dem Grossen Stadtrat Bericht und Antrag zu unterbreiten bezüglich:

1. Inhalt und Zeitpunkt einer Konsultativabstimmung in der Stadt Schaffhausen zur Akzeptanz eines Endlagers von hochradioaktivem Sondermüll in Benken.
2. Unterstützung und evtl. Beitritt der Stadt Schaffhausen zur überregionalen Vereinigung IGEL gegen das Endlager Benken.

Zur Begründung:

Warum eine Konsultativabstimmung?

Die Nagra hat ihre geologischen Erkundungen inklusive der seismischen Messungen in der Nordschweiz abgeschlossen. Gemäss ihrem Bericht liegt bezüglich Benken das umfangreichste Material in der Geschichte der geologischen Untersuchungen vor. Dem aufmerksamen Leser entgeht indessen nicht, dass neben Benken in der Schweiz nur noch im aargauischen Mettauertal geforscht wurde. Dort wurden im Unterschied zu Benken kristalline Schichten untersucht, welche sich gemäss Nagra eher für mittelradioaktive Abfälle eignen. Mit dem angekündigten Schlussbericht an den Bund im Frühjahr 2002 soll die Bewertungsphase und später der geforderte Entsorgungsnachweis eingeleitet werden.

Meine Damen und Herren: Damit sind bezüglich des Standortes Sachzwänge geschaffen worden. Da über die geologischen Voraussetzungen praktisch keine vergleichbaren Daten aus anderen Regionen vorliegen, muss zwangsläufig bei Benken gebaut werden. Ich zitiere aus den Nagra News vom März 2001: „Heute sind die Auswertungs- und Dokumentationsarbeiten zum Nachweis der sicheren Entsorgung für hochradioaktive Abfälle im Gange. Das Einreichen der Berichte zum Entsorgungsnachweis hochradioaktiver Abfälle beim Bundesrat ist auf Ende 2002 geplant“. Da keine Nation der Welt ein gesichertes Endlager betreibt, gibt es weder Erfahrungen bezüglich der Eignung der in Benken gefundenen Opalinustonschicht für ein Endlager, noch liegen Erkenntnisse vor, wie sich Opalinustonschichten verhalten, wenn sie geöffnet und mit Betonstollen durchsetzt werden. Die Ergebnisse der Gutachten werden also hypothetischer und vor allem politischer Natur sein.

Mit anderen Worten: Die politische Akzeptanz oder der zu erwartende Widerstand einer Region im Bezug auf ein Endlager wird die Interpretation der Ergebnisse der Untersuchungen entscheidend prägen.

Damit wird die Meinungsbildung der direkt betroffenen Bevölkerung im Ergebnis entscheidender Bestandteil der wissenschaftlichen Untersuchungen. Sie hat somit breit und differenziert stattzufinden. Dieser Meinungsbildungsprozess kann mit einer ersten Konsultativabstimmung (wie seinerzeit die Konsultativabstimmung zur N4, 1978) eingeleitet werden.

Die Zeit drängt: Bereits 2003 sollen weitreichende, erste Vorentscheidungen getroffen werden.

Nun zur Unterstützung und zum allfälligen Beitritt der Stadt Schaffhausen zur überregionalen Vereinigung IGEL.

Heikle und ökologisch fragwürdige Anlagen werden mit Absicht an Kantons- und noch beliebter, in der Nähe von Landesgrenzen platziert. Damit können die betroffenen Regionen formaljuristisch gespalten und die Menschen von der Mitsprache ausgeschlossen werden. Dass diese Redit-Politik ausgerechnet von Globalisierungs-Propheten häufig durchgesetzt wird, ist nicht nur arrogant, sondern leider auch dumm. Für das wirtschaftliche und auch das soziale Gedeihen unserer Region sind wir darauf angewiesen, dass wir in der Region eng zusammen arbeiten und gemeinsame Probleme gemeinsam lösen. Die verpasste Kooperation mit unseren deutschen Nachbarn bezüglich des Flughafens (wie heisst er denn heute???), ist uns allen noch präsent.

Eine Kooperation mit den vom Atom-Endlager betroffenen Gemeinden über die Kantons- und Landesgrenze hinweg bringt uns nicht nur Vorteile von Synergien bei der Informationsbeschaffung und bei der Prüfung der Gutachten, sie fördert ganz allgemein die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit über Partei- und Landesgrenzen hinaus.

Was nützt es uns, für Wohnortsmarketing und für Wirtschaftsförderung Millionen von Franken auszugeben, wenn wir auf der Landkarte als Mülldeponie für hochradioaktive Abfälle gekennzeichnet werden?

Ich bitte Sie deshalb, meine Motion zu unterstützen und für einmal parteipolitische Strategieüberlegungen in den Hintergrund zu stellen. Die Frage eines atomaren Endlagers vor der Tür ist zu bedeutend, und es bedarf für unsere Region das Zusammengehen aller Kräfte, den Diskurs und die Meinungsbildung in dieser Jahrtausend-Frage konstruktiv zu gestalten.

Der Stadtrat hat mir im Vorfeld Entgegenkommen signalisiert. Ich werde deshalb nicht kleinlich am Wortlaut meiner Motion festhalten, sofern bessere und der Sache dienlichere Vorschläge kommen sollten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und sehe der Diskussion zuversichtlich entgegen."

Stadtpräsident Marcel Wenger

Stellungnahme des Stadtrates *

Einleitung

"Ohne Zweifel handelt es sich bei der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle um eine äusserst heikle Sicherheitsfrage und damit um ein Projekt, das die Zukunft in der Region Weinland-Schaffhausen nachhaltig betrifft. Dies hat der Stadtrat nie in Abrede gestellt - auch nicht bei der Interpellationsbeantwortung. Die Lösung dieses Jahrzehnte alten Versäumnisses der Kraftwerkindustrie und des Bundes ist aus diesem Grund eines der wichtigsten nationalen energie- und sicherheitspolitischen Themen, wenn man einmal von den europaweiten Veränderungen im Strommarkt absieht. Die Motionäre geben dem Stadtrat durch die Einreichung dieses Vorstosses nochmals Gelegenheit, seinen Standpunkt ausführlich darzustellen. Das nationale Thema "Endlagerung" wird uns als Bundes- und KantonsbürgerInnen besonders betreffen, denn die Gesetzgebung regelt diese Fragen sowohl im Bundes- wie im kantonalen Recht ausführlich. Besonders anspruchsvoll ist bei der Behandlung der Materie, dass die Novelle des Atomgesetzes, welche momentan immer noch von den eidgenössischen Räten bearbeitet wird, noch nicht in Kraft ist, aber mit grosser Wahrscheinlichkeit für die Regelung der Interessenkonflikte rund um die Endlagerung eine zentrale Rolle spielen wird.

Rechtliche und politische Ausgangslage

Fragen zu Atomanlagen, zum Umgang mit radioaktiven Abfällen und zu Endlagern werden im Atomgesetz von 1959 und im Bundesbeschluss dazu von 1978 geregelt. Sie merken, es sind ganz "aktuelle" Erlasse. Die SchaffhauserInnen hatten auf eidgenössischer Ebene schon immer ein hohes Interesse an einer kritischen Begleitung der schweizerischen Atomgesetzgebung. Das heute noch gültige Atomgesetz wurde denn auch vom damaligen Nationalrat Dr. Kurt Reiniger als Vorsitzender der parlamentarischen Spezialkommission bearbeitet und letztlich auch in den Räten durchgesetzt. Diese für die Stromwirtschaft und die grossen Überlandwerke vorteilhafte Rechtsetzung, welche die Grundlage für das Entstehen der neueren schweizerischen Kernenergieanlagen lieferte, hat dem damaligen Bundesparlamentarier nicht nur Lob eingetragen. Die aus historischer Sicht dennoch gute Pionierarbeit kam im Laufe des letzten Jahrzehnts besonders stark unter Druck, da sich der Wille der Bevölkerung weg von der Kern-Energie hin zu alternativen Energieerzeugungsanlagen wendete. Das Atomgesetz ist deshalb dringend revisionsbedürftig. In Klammern ist anzufügen, dass die Kraftwerkwirtschaft und insbesondere die NOK das Engagement des damaligen Stadtrates und Nationalrates Reiniger auf makabre Weise entschädigt haben. Seine Bewerbung um das Direktionspräsidium der NOK wurde kurz vor dem Entscheid noch publik gemacht, obwohl der Thurgauer Mitbewerber Harder deutlich die besseren Karten hatte und das Rennen schliesslich gewann. Die Umstände der verunglückten Berufung führten letztlich zur Abwahl Dr. Reinigers aus dem Stadtrat, zu einem der teuersten Pensionierungsfälle der Schaffhauser Stadtgeschichte und zum Verlust des Nationalratsmandats. Indirekt bekamen damit die Befürworter der heutigen Halbämterregelung Oberwasser, und der Einfluss der Stadt auf die Bundes- und Kantonspolitik wurde in der Folge minimalisiert. Sie sehen, dass der Stadtrat schon historisch keinen Grund hat, der Kernkraftlobby mit Wohlverhalten gegenüber zu treten. Wir sind bildhaft gesprochen die Antipoden derjenigen, die zeitweise behauptet haben, sie würden problemlos mit der Lagerung radioaktiver Abfälle in ihrem Einfamilienhauskeller leben können.

Die KWS AG produziert umweltfreundlichen Strom aus Wasserkraft, das EWS engagiert sich in Zusammenarbeit mit der Etawatt und der Bioenergie Schaffhausen AG für den Ausbau alternativer Energieerzeugungsanlagen. Die Energiestadt Schaffhausen hat einen griffigen Massnahmenplan auf allen Ebenen des Energieverbrauchs zur Verbesserung der Nachhaltigkeit. Der Verbund mit der Swisstopower AG soll die Verfügbarkeit von Strom mit dem Label "Naturemade" für die Konsumentinnen und Konsumenten verbessern. Die Stadt wird über erhebliche Kapazitäten von Bioenergie verfügen, welche gemäss Entwurf der Elektrizitätsmarktverordnung zum Ärger der Vorlieferanten durchleitungskostenfrei sein wird.

Dennoch sind es nicht gemeinderechtliche Erlasse, welche über das Schicksal der Endlagerung hochradioaktiver Abfälle entscheiden. Gemeinden und Städte können den Markt beeinflussen, nicht jedoch in bundes- und kantonale Kompetenzen eingreifen. Dies müssen wir uns bewusst werden, bei aller Kritik am fraglichen Endlagervorhaben. Die Expertengruppe Entsorgungskonzepte für radioaktive Abfälle hat im Schlussbericht vom 31. Januar 2000 Vorschläge zur Konzeption gemacht. Zudem wird der Bundesbeschluss, mit welchem ein Kernkraftmoratorium eingeführt wurde, mutmasslich um zehn Jahre verlängert. Ohne diese Verlängerung würde im Bereich Kernenergie sonst das ursprüngliche Atomgesetz aus dem Jahr 1959 gelten, was alle Vorschriften über die Rahmenbewilligungen sowie auch die gesetzlichen Grundlagen für den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds aufheben würde. Dies wäre aufgrund der mangelnden Akzeptanz der Kernkraft in der Bevölkerung nicht sinnvoll.

Die deshalb angestrebte Totalrevision des Atomgesetzes wird insbesondere den Fragen einer allfälligen Befristung des Betriebs bestehender KKW sowie auch der Endlagerung der in der Schweiz angefallenen radioaktiven Abfälle besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Grundsatz, dass diese im Inland zu entsorgen sind, ist in Art. 30 Abs. 2 postuliert und macht auch aus der Sicht des Stadtrates aus sicherheitspolitischen Erwägungen und aus Gründen der Fairness durchaus Sinn. Es darf nicht sein, dass die Schweiz zwar von quersubventionierten Strompreisen auch aus KKW profitiert, dann aber die Abfälle, welche lang wirksame Umweltgifte enthalten, nach Osteuropa oder schlimmstenfalls in die Dritte Welt exportiert. Aus diesen Gründen wird in Abs. 3 des erwähnten Artikels auch ein dauernder Schutz von Mensch und Umwelt gefordert, vor dem Hintergrund der langen Halbwertszeiten von angereichertem Uran und Plutonium. Dabei ist aus der Sicht des Stadtrates erneut festzustellen, dass eine Technologie, die sich nicht an der Nachhaltigkeit und Erneuerbarkeit von Energieträgern ausrichtet, Folgeprobleme provoziert, die auch mit wohlklingenden normativen Forderungen nicht aus der Welt geschafft werden können. Es wird für die korrekte Endlagerung der angefallenen hochradioaktiven Abfälle der Einsatz aller bislang bekannter Sicherheitstechnologien und modernster Technik nötig werden, um nur schon die elementarsten Risiken zu minimieren. Besonders bedrückend ist dabei die Tatsache, dass es sich bei der Risikoentwicklung um Zeiträume handelt, die viele Generationen überdauern und deswegen nicht vollständig voraussehbar sind. Richtigerweise ist davon auszugehen, dass der Mensch als selbstverantwortliches Wesen Entsorgungskonzepte wählen muss, die für ihn und die nachfolgenden Generationen Zutritts- und Unterhaltungsmöglichkeiten zu den Endlagerstätten sicherstellen. Nur so können Fehlentscheide früherer Generationen möglicherweise später noch korrigiert werden.

Die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle an Orten unseres Planeten, die für den Menschen anschliessend nicht mehr kontrollierbar sind, stellt wohl das grösste Zukunftsrisiko dar. Deshalb muss eine Endlagerstätte für schweizerischen Atommüll in der Schweiz gefunden werden. Heute lagern hochradioaktive Abfälle aus unserem Land in Frankreich (La Hague) und in England (Sellafield). Vor dem Hintergrund wachsender terroristischer Bedrohungen ist sowohl die möglichst sichere Lagerung solcher Stoffe wie auch die Frage des Weiterbetriebs der bestehenden KKW möglichst rasch zu lösen. Dies auch bei einer Verbesserung des Schutzgrades durch Sicherheitsmassnahmen, wie sie jetzt nach dem 11. September 2001 verstärkt geprüft werden.

Details zum künftigen Verfahren bei der Bewilligung von Kernanlagen und Endlagern

Der Grosse Stadtrat muss sich bewusst sein, dass solche nationalen Fragen abschliessend durch Organe des Bundes und der Kantone geregelt werden müssen. Sie tangieren nationale Interessen wie beispielsweise den Schutz der Bevölkerung vor radioaktiver Verstrahlung, die keine Gemeinde- und Kantonsgrenzen kennt. Bevor solche Anlagen künftig bewilligt werden, muss der Bundesrat eine Rahmenbewilligung erteilen, die von der Vereinigten Bundesversammlung zu genehmigen ist und gesamtschweizerisch dem fakultativen Referendum untersteht.

Bevor dies geschieht, müssen zwingend folgende Punkte erfüllt sein:

- Ein Gutachten mit dem Nachweis des Schutzes von Mensch und Umwelt muss vorliegen.
- Kantone und Fachstellen des Bundes beziehen innerhalb von drei Monaten Stellung zum Gesuch und zum Gutachten.
- Der Standortkanton für das Endlager muss zustimmen.
- Das zuständige Gemeinwesen muss bei tiefen Lagern eine Konzession erteilen.

Alle diese Projektschritte sowie die Stellungnahme der Kantone und Bundesfachstellen sind in amtlichen Publikationsorganen der betroffenen Kantone und Gemeinden zu publizieren.

Nach der Rahmenbewilligung des Bundesrates und der Bundesversammlung sowie dem Ablauf der Frist für das fakultative Referendum wird das Baubewilligungsverfahren eingeleitet. Dieses liegt nicht in der Hoheit des Kantons, sondern des Bundes (UVEK). Liegt in diesem Zeitpunkt keine rechtskräftige kantonale Bewilligung vor, die für ein sofortiges Weiterfahren notwendig ist, kann das zuständige Bundesdepartement zwar den Standort für ein Zwischenlager bezeichnen, der Kanton hat aber fünf Jahre Zeit, die Standorte für die Entsorgung des Aushubmaterials für dieses Lager festzulegen. Für die Baubewilligung indessen sind keine kantonalen Bewilligungen und Pläne mehr erforderlich. Das kantonale Recht hat nach diesem Entwurf nur insoweit Geltung, als es das Projekt nicht unverhältnismässig einschränkt. Die definitive Baubewilligung wird vom zuständigen Departement direkt erteilt, wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Schutz von Mensch und Umwelt sind gewährleistet.
- Grundsätze nuklearer Sicherheit und Sicherung sind erfüllt.
- Keine wesentlichen öffentlichen Interessen wie Umweltschutz, Natur- und Heimatschutz, Raumplanung stehen entgegen.
- Fachgerechte Projektausführung muss sicher gestellt sein.

Zusammenfassend und verkürzt kann gesagt werden, dass das Bundesrecht über die gültige Rahmenbewilligung entscheiden wird, und dass kantonales Recht nur subsidiär zur Anwendung kommt.

Die Rolle der Stadt Schaffhausen

Vor dem Hintergrund der auf die nationale Durchsetzung der Endlagerfrage zugeschnittenen Novelle kann der Grosse Stadtrat selber ermessen, welches Gewicht den Gemeinden bei der Mitsprache in diesem Verfahren zukommt. Gilt dies sogar für die zürcherischen Gemeinden und den Kanton Zürich, umso mehr auch für Schaffhausen, obwohl sich unsere Stadt in ihrer Geschichte um eine nachhaltige regionale Energiepolitik verdient gemacht hat. Sie tut dies übrigens als erste Schweizer Energiestadt auch heute, und dem Grossen Stadtrat ist bekannt, dass im Hinblick auf die Liberalisierung des Strommarktes, welche notabene eine deutliche Verschlechterung des Marktumfelds für alternative Energien mit sich bringen wird, der Stadtrat eine ganz andere Strategie als die Integration unseres Elektrizitätswerkes in die Strukturen der Vorlieferantin verfolgt. Dies sind durch uns beeinflussbare Faktoren bei der Gestaltung einer künftigen Energiepolitik. Aber es bedarf aller politischen Kräfte, dass wir selbst in diesem Bereich nicht marginalisiert werden. Im Moment stehen wir diesbezüglich mitten in einer kantonalen Diskussion.

Welche Möglichkeiten bietet ein zusätzliches Engagement der Stadt Schaffhausen letztlich in der Endlagerfrage? Braucht es eine Konsultativabstimmung extra in der Stadt Schaffhausen oder gibt es sinnvoller Weise nicht auf kantonaler Ebene Mitsprachemöglichkeiten, auf die wir unsere politischen Kräfte konzentrieren müssen?

Bundesrat und Bundesversammlung entscheiden bei der Rahmenbewilligung und bei der Baubewilligung das UVEK erst nach Anhörung der betroffenen Kantone. Dass der Kanton Schaffhausen als betroffener Kanton zu gelten hat, ist sowohl geologisch wie hydrologisch und vor allem auch volkswirtschaftlich und sicherheitspolitisch gegeben. Um so wichtiger ist es, wenn wir unsere politischen Kräfte auf die Beibehaltung der in der Kantonsverfassung in Art. 42 lit. 5 aufgeführten Bestimmung konzentrieren, wonach sämtliche Stellungnahmen unseres Kantons zuhanden des Bundes in diesen Fragen zwingend einer Volksabstimmung unterstellt werden sollen. Dies ist geltendes Recht, und der Stadtrat stellt fest, dass einmal mehr zukunftsweisende kantonale Themen zwar in der Stadt aufgebracht werden, aber auf kantonaler Ebene bis jetzt noch Stillschweigen herrscht. Wir täten gut daran, den vorliegenden kantonalen Verfassungsentwurf bezüglich des Weiterbestandes der Volksabstimmung in Kernenergiefragen kritisch unter die Lupe zu nehmen - vor allem die Änderungsanträge, die vielleicht gestellt werden -, und unsere Kräfte im Grossen Rat zu mobilisieren. Eine vorausseilende Konsultativabstimmung in der Stadt Schaffhausen ist weder rechtlich noch politisch empfehlenswert. Rechtlich ist sie wertlos, politisch könnte sie von den übrigen Gemeinden des Kantons und vom Regierungsrat als einseitiger Akt verstanden werden. Der Reflex im Kanton Schaffhausen auf einseitige politische Akte der Stadt in Fragen, welche den ganzen Kanton betreffen, dürfte den meisten im Grossen Stadtrat bekannt sein. Mir ist er sehr gut bekannt! Die Angehörigen des Grossen Rates können dazu kompetent Auskunft geben. Aus diesem Grund empfiehlt Ihnen der Stadtrat zu den beiden Forderungen der Motion Hablützel Folgendes:

Der Stadtrat empfiehlt dem Motionär, die beiden Punkte seines Vorstosses textlich wie folgt abzuändern:

1. "Der Stadtrat wird eingeladen, dem Grossen Stadtrat einen Vernehmlassungsbericht der Stadt Schaffhausen zur kantonalen Konsultativabstimmung über das Endlager von hochradioaktivem Sondermüll in Benken rechtzeitig zuhanden der kantonalen Volksabstimmung zu unterbreiten.
2. Der Stadtrat wird eingeladen, die überregionale Vereinigung IGEL gegen das Endlager Benken im Rahmen seiner Kompetenzen zu unterstützen."

Mit der vorgeschlagenen Änderung des Motionstextes setzt der Grosse Stadtrat innerhalb der vorhandenen Kompetenzordnung ein politisches Zeichen zugunsten des sorgfältigen Umgangs mit dem nördlichen Weinland. Andererseits vermeidet er den Vorwurf, sich in kantonale Kompetenzen einzumischen, was unter dem Gesichtspunkt der Motionswürdigkeit eines solchen Vorstosses ohnehin fragwürdig wäre.

Sollte der Motionär mit diesem Vorschlag einverstanden sein, könnte das politische Zeichen der Unterstützung von IGEL rasch gesetzt werden, zu einem Zeitpunkt, in welchem die Volksinitiative des Arztes Dr. Jean-Jacques Fasnacht im Kanton Zürich lanciert wird. Bei einem Festhalten des Motionärs am ursprünglichen Text sähe der Stadtrat keine Möglichkeit, das Vorhaben wirkungsvoll auf kantonaler Ebene im Sinne des Motionärs weiter zu verfolgen und würde dem Grossen Stadtrat die Ablehnung der Motion empfehlen."

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Walter Hotz (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Mir stehen die Haare zu Berge, wenn ich das Ratsprotokoll vom 22. Mai zur Hand nehme und die Sitzung Revue passieren lasse - Behandlung der Interpellation von Christian Hablützel zum gleichen Thema.

Dass die linke Ratsseite in ihrer Argumentation populistische Rhetorik zur Hilfe nimmt, ist nicht ganz neu. Deren Intensität und der unbeugsame Wille, daraus politisches Kapital zu schlagen, macht mich aber auch im Nachhinein sehr nachdenklich.

Auch heute wird polemisiert und Wahlkampf betrieben und werden Motionen ins Rennen geschickt, die uns nicht weiter bringen. Tatsachen bleiben auf der Strecke. Als Beispiel möchte ich erwähnen, dass am 18. Mai 2001 das finnische Parlament mit überwältigendem Mehr von 159 : 3 Stimmen den Grundsatzentscheid gefällt hat, das erste geologische Tiefenlager in Europa zu bauen - bezugsbereit im Jahr 2020. Ihre Informationen sind nicht mehr ganz auf dem neuesten Stand.

Fakt ist: Abfälle fallen in der Schweiz seit Jahrzehnten an: einerseits beim Betrieb und der späteren Stilllegung der fünf Kernkraftwerke, andererseits bei der Anwendung radioaktiver Stoffe in verschiedenen Bereichen der Medizin, in der Industrie sowie in der Forschung.

Fakt ist: die Schweiz hat sich vor mehr als 30 Jahren dafür entschieden, Strom mit Kernenergie zu erzeugen.

Fakt ist: die Produktion von Kernenergie bringt die Entstehung von radioaktivem Abfall mit sich.

Fakt ist: die Schweiz hat sich frühzeitig dazu entschlossen, diese Abfälle so zu entsorgen, dass sie zukünftige Generationen nicht belasten.

Das Zürcher Weinland ist nach heutigen Erkenntnissen am besten dazu geeignet, diese Abfälle weitgehend gefahrlos aufzunehmen. Gleichzeitig regt sich bei uns Widerstand, weil Benken nur zehn Kilometer von Schaffhausen entfernt ist.

Die SP prahlt: „Wir haben gegen AKWs demonstriert! Wir haben es ja immer gesagt! Wir wollen keine NAGRA-Ingenieure bei uns!“

Dies sind die Argumente der SP. Argumente, die nicht gerade von Weitsicht zeugen.

Wir haben ein Problem mit radioaktiven Abfällen. Ob Sie, Herr Christian Hablützel, damals gegen AKWs demonstriert haben oder nicht, ob Marcel Wenger, Esther Bänziger oder Walter Hotz damals dafür oder dagegen waren, ist heute nicht mehr relevant. Unsere Abfälle liegen heute in Zwischenlagern, die provisorischen Schutz bieten. Diese Zwischenlager sind zur Zeit sicher. Die Schweiz benötigt jedoch in absehbarer Zeit ein sicheres Endlager.

- Wenn die SP jetzt kommt und sagt, sie wolle kein atomares Endlager, dann spielt sie mit der Sicherheit der Menschen in der Schweiz. Denn die Abfälle gibt es sowieso - ob mit oder ohne Endlager.
- Wenn die SP jetzt kommt und sagt, sie wolle kein atomares Endlager, weil dies ein Statement sei für noch mehr Kernenergie, dann hat sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt. AKWs sind auch in der Schweiz ein Auslaufmodell.
- Wenn die SP kommt und sagt, sie wolle ein atomares Endlager, nur keines in Benken, dann hat sie nicht verstanden, dass wir als Eidgenossen verpflichtet sind, Verantwortung zu übernehmen - auch in schwierigen Angelegenheiten. Würde es auch einen Aufschrei der Schaffhauser SP geben, wenn die Probebohrungen nahe Lausanne zum Erfolg geführt hätten oder im Tessin? Oder wollen Sie die Abfälle nach Nigeria oder in die Ukraine transportieren und dort verbuddeln. Ist dies ethisch verantwortbar? Oder ist dies einfach nur feige?

Verantwortung zu übernehmen heisst, in jedem Moment das zu tun, was für das Gemeinwohl richtig erscheint.

Verantwortung zu übernehmen heisst nicht, sich auf die Vergangenheit zu berufen, den Garten eng abzustecken und den Teufel an die Wand zu malen. Wie wollt Ihr Europäer sein, wenn Ihr dieses Prinzip in der Schweiz noch nicht verstanden habt?

Ich lehne diese Motion ebenso wie meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP in jeder Form ab. Ich bin überzeugt, dass ein Grossteil der Schaffhauser Bevölkerung das Prinzip des Gebens und Nehmens verstanden hat und im Gegensatz zur SP nicht auf die nächsten Kommunalwahlen spielen muss.

Ich möchte noch etwas hinzu fügen. 1996 mussten wir über eine Motion von Esther Bänziger bezüglich "Schneller Brüter von Creys-Malville F" abstimmen.

Die Motion wurde nicht überwiesen. Wenn Sie sich überlegen, wofür wir Geld geschickt hätten - es hätte sich in der Luft aufgelöst. Interessant ist noch die Feststellung, dass der Stadtrat damals im Gegensatz zu heute nicht mehrheitlich bürgerlich war.

Noch ein Wort zur Vereinigung IGEL: Wer sich einigelt, kommuniziert nicht mehr. Wer sich einigelt, schaut nicht mehr für seinen Nachbarn. Wer sich einigelt, hat Angst. Angst ist jetzt der falsche Ratgeber. Wir müssen das Problem der radioaktiven Abfälle anpacken und konstruktiv an einer Lösung mitarbeiten. Wenn die optimale Lösung im Weinland liegt, dann bin ich für das Weinland; nicht weil ich daran Freude hätte, sondern weil wir Verantwortung übernehmen müssen, für uns und für unsere Kinder."

Hans Peter Huber (SVP) Fraktionserklärung *

"Die Schweiz produzierte in den letzten Jahren zwischen 60 und 67 Milliarden kWh Strom aus folgenden Quellen:

- 35-40 % aus Kernkraftwerken
- 55-60 % aus Wasserkraftwerken
- 3.8 % aus konventionellen thermischen Kraftwerken
- 0.2 % aus der Nutzung der Sonne, Biomasse und Wind.

Die 5 Kernkraftwerke der Schweiz wurden zwischen 1969 Beznau 1 und 1984 Leibstadt gebaut. Für die Anlagen wurde konservativ von 40 Jahren Betrieb unter Vollast ausgegangen. Durch die ständige Nachrüstung und die langen konstanten Betriebsphasen (weniger An- und Abstellungen als ursprünglich angenommen) sind technisch längere Betriebszeiten möglich. Fachleute rechnen damit, dass 60 Jahre durchaus realistisch sind. So wurden in den Vereinigten Staaten bereits Kernkraftwerke für 60 Jahre Betriebsdauer lizenziert.

Beznau 1 ist also seit 32 Jahren in Betrieb, und seither fällt atomarer Abfall in grösseren Mengen an. Selbst wenn sich die Schweiz zu einem Ausstieg aus der Atomenergie entschliessen würde, wovon ich persönlich ausgehe, so könnten die Atomkraftwerke nicht von heute auf morgen abgestellt werden, und bei der Stilllegung eines Atomkraftwerkes fällt auch atomarer Abfall an. Es ist nicht realistisch, wenn man davon ausgeht, dass 35 - 40% der Schweizer Stromproduktion mittelfristig ersetzt werden können; denn auch Wasserkraftwerke, die ihre Produktion erhöhen wollen, neue Wasserkraftwerke, neue Stauseen stossen auf Widerstand. Bei der Nutzung von Sonne, Biomasse und Wind müsste technisch ein enormer Fortschritt gemacht werden, um 35 - 40% der Schweizer Stromproduktion zu decken. Dann muss man auch bedenken, dass in der Schweiz der Stromverbrauch pro Jahr um 2 bis 3 % zunimmt. Der Mehrverbrauch konnte durch Effizienzsteigerung in den Wasserkraftwerken und grössere zeitliche Verfügbarkeit oder höhere Leistung bei KKW kompensiert werden. Den Strom einfach aus dem Ausland zu beziehen, kann ja auch nicht der Sinn der Sache sein.

Woher stammt nun überhaupt unser atomare Abfall, wie viel fällt jährlich an, wo wird er zur Zeit gelagert und ist genügend Lager vorhanden?

Über 98 % der Radioaktivität entsteht im abgebrannten Kernbrennstoff. Die Schweizer Reaktoren enthalten etwa 300 Tonnen Kernbrennstoff.

Jedes Jahr werden zwischen 20 und 30% der Brennelemente ausgewechselt, also rund 75 Tonnen jährlich. Die abgebrannten Brennelemente bestehen zu 95 % aus rezyklierbarem, noch immer angereichertem Uran, 5 % entfallen auf Spaltprodukte und Aktivierungsprodukte.

Die Brennelemente können wieder aufbereitet oder nach einer mehrere Jahrzehnte dauernden Abkühlungsphase direkt in ein geologisches Tiefenlager gebracht werden. Bei der Wiederaufbereitung wird das noch verwendbare Uran zurückgewonnen und die hochaktiven Spaltprodukte und Aktivierungsprodukte abgetrennt und in Glas eingeschmolzen. Das sind die eigentlichen hoch aktiven Abfälle. Auf der Basis der gegenwärtigen Wiederaufbereitungsverträge fallen 130 m³ hochaktive Abfälle an. Die nicht wieder aufbereiteten Brennelemente aus 40 Jahren Kernkraftwerkbetrieb müssen direkt gelagert werden (1800 t Schwermetall). Wenn man von 40 Jahren Kernkraftwerkbetrieb ausgeht, ergibt das pro Jahr 3,25 m³ hochaktive Abfälle und 45 t Schwermetall aus abgebrannten Brennelementen. Ende dieses Jahres werden die ersten Transporte von hoch aktivem Abfall aus der Wiederaufbereitung von schweizerischen Brennelementen im Zwischenlager erwartet. Bei der Wiederaufbereitung und der Konditionierung der abgebrannten Brennelemente für die direkte Lagerung in einem geologischen Tiefenlager entstehen zusätzlich langlebige mittelaktive Abfälle (LMA), gemittelt zirka 70 m³ pro Jahr.

Abgebrannte Brennelemente werden auch im Falle der Wiederaufbereitung vorerst mehrere Jahre unter Wasser gelagert. So lagert zur Zeit ein Teil der abgebrannten Brennelemente in den Wiederaufbereitungsanlagen in England.

In der Schweiz entstehen weiter auch schwach- und mittelaktive Abfälle (SMA), pro Jahr rund 2000 m³: aus dem Betrieb der KKW, bei der späteren Stilllegung (bereits mitgerechnet), bei der Wiederaufbereitung und aus der Medizin, Industrie und Forschung. Die Konzentration der Radioaktivität ist viel kleiner als bei den hochaktiven Abfällen (HAA), aber die Volumina sind wesentlich grösser. Abfälle aus Medizin, Industrie und Forschung (MIF) entsprechen knapp 20% der gesamten SMA. Die MIF-Abfälle lagern zur Zeit im Bundeszwischenlager in Würenlingen, die SMA der KKW gegenwärtig bei den Kraftwerken. Zusätzlich wird eine Halle für SMA im ZWILAG in Würenlingen gebaut. Es ist somit genügend Lagerraum vorhanden.

Was für Abfall und wie viel soll im Zürcher Weinland gelagert werden?

Im möglichen Lager im Zürcher Weinland würden hoch aktive Abfälle und langlebige mittelaktive Abfälle gelagert.

Rechnen wir mit 40 Jahren Schweizer Kernkraftwerkbetrieb, so fallen während dieser Zeit auf der Basis der heutigen Wiederaufbereitungsverträge 1800 t Schwermetall aus abgebrannten Brennelementen, 130 m³ hochaktive Abfälle und zirka 2700 m³ langlebige mittelaktive Abfälle an. Das sind relativ bescheidene Mengen, die verhältnismässig kleine Lagerausdehnungen erfordern, vor allem wenn man bedenkt, wie viel Energie gewonnen wurde. Im Gegensatz zur Aussage von Kollege Hablützel wurden nach meinen Informationen die Opalinustonsschichten im Sicherheitsstollen des Autobahntunnels Monte Terri im Kanton Jura sehr genau untersucht.

Wie sicher ist ein solches Lager?

Ist der Abfall einmal im geologischen Tieflager, so meine ich, geht keine Gefahr mehr davon aus. Ich bin der Auffassung, dass nur der Transport Gefahren birgt (Demonstranten, Terroristen), aber diese Transporte sind sehr gut abgesichert. Nachrichten allerdings, wonach in Deutschland Tausende von Polizisten nötig sind, um die Castor Transporte zu schützen, und dass Frankreich nach dem 11. September bei seinen Atomkraftwerken Flugabwehrraketen stationiert hat, stimmen mich schon sehr nachdenklich.

Ein atomares Endlager in Benken wird ca. im Jahre 2050 gebraucht. Nun verlangt diese Motion, dass wir ein halbes Jahrhundert vorher bereits dagegen Stellung beziehen, eine Volksabstimmung auf Gemeindeebene durchführen und einer Organisation beitreten sollen, die gegen das Endlager kämpft.

Keine Gemeinde und keine Region wird sich um ein solches Lager reissen, und man muss auch sehr kritisch und aufmerksam die Aktivitäten der NAGRA im Zürcher Weinland beobachten.

Aber geben Sie der Wissenschaft und der Technik doch eine Chance, dieses Problem anzugehen, denn es kann doch sein, dass bis zum Jahre 2050 andere Lösungen möglich sind. Natürlich ist es jeder Person freigestellt, der Organisation IGEL beizutreten und zu sie unterstützen, aber die Stadt Schaffhausens sollte dies nicht tun.

Die SVP wird dieser Motion nicht zustimmen."

Erwin Sutter (EDU)

Votum

"Der Begriff "Radioaktivität" ist besonders geeignet, Ängste unter der Bevölkerung zu verbreiten, da der "normale" Bürger diese nicht spürbare Gefahr nicht richtig einordnen kann. Deshalb können gerade mit der Angst auch viele Leute beeinflusst werden. Dabei müssen wir uns im Klaren sein, dass unsere Umwelt seit ihrer Entstehung immer radioaktive Stoffe in Boden, Wasser und Luft enthalten hat. Jeder von uns ist selbst von Natur aus radioaktiv! Auch Christian Hablützel hat das Element Kalium in sich, das strahlt.

Es geht also auch hier um die Intensität, wie bereits Paracelsus sinngemäss gesagt hat, "Alles ist Gift, es ist nur eine Frage der Dosis".

Radioaktive Abfälle entstehen bei allen Nutzungen von Radioaktivität und zwar zur Erzeugung von Elektrizität wie auch für medizinische Anwendungen. Wenn die Entsorgung dieser Abfälle nicht geregelt ist bzw. werden kann, dann wird auf diese Weise die gesamte Produktion von Kernenergie in Frage gestellt. So ist es die Strategie der Kernenergiegegner, diese zu torpedieren, indem Transporte behindert, die Endlagerung verunmöglicht oder sonstwie versucht wird, die Gestehungskosten dieses Energieträgers mit allen Mitteln zu verteuern.

Die technischen Voraussetzungen sind gegeben, dass man diese Stoffe so sicher lagern kann, dass absolut keine Gefahr davon ausgeht. Man kann die Strahlung messen. Wir haben mehr Höhenstrahlung, biologische Strahlung, mehr Radioaktivität in uns selber. Wenn Sie Mineralwasser trinken, nehmen Sie Uran zu sich.

Der Bedarf für ein Endlager besteht erst für den Zeitraum 2020 bis 2050, da die hoch aktiven Abfälle etwa vierzig Jahre zwischengelagert werden müssen, bis ihre Wärme

genügend abgeklungen ist. Zurzeit stehen im Wesentlichen drei Standorte für stark und langdauernd strahlende Stoffe zur Diskussion: im Nordaargau, im Zürcher Weinland (Benken), oder ein Standort im Ausland. Im Prinzip würden für Europa etwa zwei bis drei Lager genügen, auch wenn heute alle Länder eigene Standorte suchen. Es wäre deshalb auch gut möglich, dass letztlich ein Standort im Ausland gewählt wird.

Wenn wir in der Schweiz weiterhin Kernenergie produzieren wollen, sei es um unabhängig von ausländischer Energieproduktion zu sein, dann muss ein Standort zur Endlagerung bereit sein. Es liegt in der Entscheidung des Bundes, den geeignetsten Standort festzulegen. St. Florianspolitik zu betreiben dient den Interessen der Sache nicht.

Wenn wir hier von Schaffhausen aus die Entscheidung des Bundes durch möglichst lauten Protest beeinflussen wollen, soll das auf privater Ebene geschehen. Es wäre staatspolitisch gefährlich, offiziell intervenieren zu wollen. Es darf doch nicht sein, dass diese Entscheidung aufgrund des lautesten Widerstandes der Bevölkerung getroffen wird, anstatt aufgrund von sachlichen Überlegungen.

Aus diesem Grund werde ich der Motion nicht zustimmen."

Alfons Cadario (EVP) Votum

"Ich stelle fest, dass wir hier ausschliesslich Atomenergie-Spezialisten haben. Aber mein Strom kommt immer noch aus der Steckdose.

Zu Walter Hotz, der in seinem Votum das Tier Igel mit Angst haben gleichgesetzt hat, möchte ich doch noch sagen, dass die gleiche Partei den Igel während dem 2. Weltkrieg als Ausdruck der Stärke benutzt hat. Man kann es drehen, wie man will.

Der Bund hätte schon viel früher keine Konzession mehr erteilen sollen, solange das Abfallproblem nicht gelöst ist. Da liegt das Kernproblem.

Wenn wir jetzt den Streit zwischen England und Irland bezüglich des radioaktiv verseuchten Meeres hören, dann lässt das erahnen, was alles auf uns zukommen könnte.

Sie werfen der SP vor, sie wolle kein Endlager. Das hat Christian Hablützel nie gesagt. Aber mir ist die St. Florianspolitik schon noch lieber als in Benken ein Endlager. Wir könnten ja dann dort mit dem Aushub einen Rebberg bauen, der von unten gut beheizt wäre und Biowein trinken..."

Christian Hablützel (SP) Motionär

"Es fällt mir schwer, jetzt nicht auf den parteipolitischen Schlagabtausch einzugehen. Eine Bemerkung möchte ich trotzdem anbringen. Es wundert mich schon, von Kollege Hotz zu hören, dass es so etwas wie Moral, Ethik und Verantwortung gibt. Damals, als die Beschlüsse zum Bau dieser Atomanlagen gefällt wurden, da war mindestens in dieser Partei nichts von dem zu spüren. Da war man zukunftsgläubig. Man hat gesagt, das komme alles später, die Probleme würden alle gelöst. Das finde ich schon komisch, dass man uns jetzt einen Vorwurf macht, weil wir schon damals auf das Entsorgungsproblem hingewiesen haben.

Ich bin durchaus bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen dieses Problem lösen. Ich bin aber nicht bereit, dies pseudowissenschaftlich zu tun, indem man 1 oder 2 Standorte in Randregionen untersucht. Man hat nicht in Zug oder am Zürichberg gebohrt, meine Damen und Herren, dort hat es dieselben Schichten. Das können Sie auf den geologischen Landkarten ablesen. Ich bin nicht bereit, im Moment zur Kenntnis zu nehmen, dass der Sachzwang für den Weiterbetrieb der Atomanlagen dadurch geschaffen wird, indem man den erst besten Standort als gegeben anschaut, der für das Verbuddeln der Abfälle herhalten muss.

Zur Antwort des Stadtrates: Ich bin gerne bereit, meinen Motionstext so abzuändern, wie es der SR vorgeschlagen hat. Es geht mir darum, dass wir in der Diskussion zu diesem Thema bleiben. Es ist mir auch klar, dass eine Konsultativabstimmung Geld kostet. Wenn es uns anderweitig gelingt, mit der Bevölkerung das Thema zu diskutieren, dann könnte der vom SR vorgezeichnete Weg durchaus geeignet sei. Ich bin bereit, meine Motion in diesem Sinne abzuändern.

Ich möchte aber auch mit der abgeänderten Motion noch einmal an die bürgerlichen Fraktionen appellieren. Wovor haben Sie eigentlich Angst, wenn es um eine Befragung des Volkes geht? Haben Sie Angst, dass das Volk Ihnen nicht zustimmen wird in Ihrer positiven, fast lockeren Einstellung zur Radioaktivität? Ich denke, unsere Politik sollte sich zusammen mit der Bevölkerung auf die Ziele ausrichten, die wir gemeinsam mit der Bevölkerung setzen. Da hätte ich keine Angst, mit der Bevölkerung zu sprechen."

Bernhard Egli (OeBS) Votum

"Etwas hat Walter Hotz in seiner polemischen Hetzrede vergessen:

- Fakt ist, dass der Bundesrat das Schweizervolk anfangs 1979 angelogen hat und damit die damalige Volksinitiative knapp mit 50,5% der Stimmenden gebodigt hat.
- Fakt ist, dass Gott sei Dank das ebenfalls geplante AKW Kaiseraugst verhindert werden konnte.
- Fakt ist, dass die Planung zum AKW Graben eingestellt wurde.
- Fakt ist, dass entschlossene Volksbewegungen diese beiden Zukunftsrüinen verhindert haben.

Ich war anfangs der 80er-Jahre in einem 1-jährigen Seminar des geologischen Institutes der ETH Zürich zusammen mit der NAGRA dabei. Nach diesem Jahr wurde die Zusammenarbeit zwischen dem Geologischen Institut und der NAGRA aufgegeben, da die Wissenschaftler die geforderte langfristige Garantie nicht geben konnten.

Uranhaltiges, strahlendes Mineralwasser gibt es nicht einmal im MMM-Einkaufszentrum in Herblingen zu kaufen; das wäre verboten.

Ich arbeite 3 Monate pro Jahr in Ostmazedonien in einem Uranabbaugebiet. Die Kindersterblichkeit dort ist sehr hoch, die Lebenserwartung dafür tief - das Durchschnittsalter bei den Sterbenden von 30 - 40 Jahren ist dort normal. Das sind leider Tatsachen.

Das Wesentliche, worum es bei dieser Motion geht, ist das gemeinsame Vorgehen der betroffenen Region. Diese grunddemokratische Angelegenheit wird leider durch die offizielle nationale Atommüllpolitik verhindert.

Ob wir für oder gegen Atomenergie sind, das Problem der Zwischen- und Endlagerung müssen wir angehen. Dazu gehört aber eben auch, dass eine betroffene Region politisch agieren kann.

Es ist deshalb klar, dass wir als überzeugte Demokraten einerseits für eine Konsultativabstimmung sind - den Vorschlag des SR finden wir gut; es entsteht ein gewisser Zwang, dass der Kanton wirklich eine Vorlage macht - und andererseits für die Unterstützung und den Beitritt der Stadt zur überregionalen Vereinigung IGEL eintreten."

Peter Wullschleger (CVP)

Votum

"Ich spreche als Privatperson und ohne Anspruch auf Vertretung einer politischen Gruppierung, aber in der Hoffnung, meinungsbildend wirken zu können.

So lange Atomstrom konsumiert wird, benötigen wir sichere Lagerstätten für radioaktive Produktionsabfälle. Selbst bei sicherster Entsorgung bleibt jedoch immer ein Restrisiko, welches - sollte sich dieses zu einem Gau entwickeln -, grosse Teile der Bevölkerung zu Betroffenen machen würde. Insofern ist die Diskussion des vom Motionär angesprochenen Themas im öffentlichen Interesse und eine Fragestellung von grosser politischer Tragweite. Teilt man diese Auffassung, müsste man die Motion überweisen.

Eine andere Sache ist, welche Rolle die Stadt Schaffhausen bzw. der Stadtrat in Sachen Endlager Benken spielen soll. Die Antwort auf diese Frage ist nicht eindeutig, gibt es doch Bevölkerungsteile, die vom Stadtrat erwarten, dass frühzeitig etwas gegen die Endlagerpläne unternommen wird, und andere, welche unter Anrufung formaljuristischer Aspekte die Meinung vertreten, es sei heute nichts zu tun, käme dieses Thema doch auf eidg. und kant. Ebene zur Entscheidung. Somit zeigt sich: Was immer der Stadtrat tut oder eben nicht tut - er handelt je nach Gesichtspunkt falsch. Klarheit könnte nur eine Konsultativabstimmung schaffen.

Je nach Ausgang einer allfälligen Konsultativabstimmung entscheidet sich auch die "IGEL-Frage". Wird dem Stadtrat vom Volk kein entsprechendes Mandat erteilt, bleibt kein Spielraum für einen Beitritt zum Verein IGEL. Im gegenteiligen Fall muss dem SR wohl die Möglichkeit zugesprochen werden, im Rahmen der verfassungsmässigen Kompetenzen über einen Beitritt bzw. eine Unterstützung des Vereins zu entscheiden.

Bevor also ein solcher Vorentscheid vorliegt, erscheint mir ein Beitritt zum Verein IGEL nicht statthaft und müsste m.E. aus der Motion gestrichen werden.

Zusammenfassend meine ich: Eine Konsultativabstimmung in dieser für die Region wichtigen Frage beinhaltet für mich einige wenige formaljuristische Nachteile, aber viele materielle Vorteile. Zumindest wäre klar, wie sich der SR politisch in Sachen Endlager zu äussern hat.

Letztlich kann ich der Motion zustimmen, wenn ein Beitritt zur Institution IGEL vom Ausgang einer Abstimmung abhängig gemacht wird."

Esther Bänziger (SP)

Votum

"Ich verzichte, es ist schon spät...."

Bernhard Egli hat mir sehr aus dem Herzen gesprochen. Ich möchte gleichwohl noch sagen, dass dies ausgesprochen kein Thema der Linken ist. Das hat mit der SP und mit Wahlkampf nichts zu tun. Unser Land wird sei eh und je bürgerlich regiert. Sie wissen alle genau, weshalb die letzten AKW-Projekte nicht verwirklicht wurden. Alle sind froh. Weltweit wird aus der Atomenergie ausgestiegen. Die NAGRA hatte den Auftrag, bis 1985 die Pläne vorzulegen. Sie hat dies bis heute nicht geschafft. Dies zeigt, dass dies ein hoch brisantes Thema ist. Da kann man nicht auf das Jahr 2020 oder gar 2040 verweisen, wo die meisten von uns nicht mehr leben, und meinen, dann gehe es uns nichts mehr an.

Es ist wichtig, die Meinung der Bevölkerung zu erfahren und die Diskussion in Gang zu bringen. Es ist ja nicht zufällig, dass sich diese Dinge immer in den Grenzregionen abspielen (Stichwort u.a. Fluglärm).

Ich bitte Sie, auf Ihren mehrheitlich bürgerlichen Stadtrat zu hören."

Roland Schöttle (FDP): "Das waren 100 Sekunden Verzicht auf das Reden."

Bea Hauser (SP) Votum

"Soviel Unsinn zum Thema "hoch radioaktive Abfälle" wie heute Abend habe ich schon lange nicht mehr gehört, speziell von den Herren Hotz und Sutter. Meine Herren, Sie haben mich auch gleichzeitig glücklich gemacht. Wissen Sie warum? Ich fühle mich wie damals in der Anti-AKW-Bewegung vor 25 Jahren. Da mussten wir den Leuten den dicken "Wälzer" mit dem Titel "Der Atomstaat" vor die Nase halten, den Herr Hotz sicher nicht gelesen hat, sonst würde er nicht einen solchen "Stutz verzapfen". "Heute müssen wir wie Eidgenossen handeln, Verantwortung übernehmen - moralisch und ethisch -, und uns um unseren Abfall sorgen." Vor 14 Tagen haben Sie gesagt: "Die Poststellen in unserer Stadt und unserem Kanton gehen uns nichts an. Die Post hat einen Auftrag, sie kann machen, was sie will." Aber beim Thema Atomabfall müssen wir eidgenössisch sein, moralisch und ethisch.

Die Entsorgung radioaktiver Abfälle ist eine politische Frage. Vorhin haben Sie unserer Seite Feigheit und Opportunismus vorgeworfen, als es um die Parkplätze ging. Jetzt frage ich Sie: Wie feige sind Sie eigentlich? Sie haben Angst vor der Bevölkerung. Sie haben Angst, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung dem SR anschliesst und verlangt, eine kantonale Volksabstimmung über dieses Thema durchzuführen. Das ist doch die Krux.

Sie haben gehört, dass der Motionär Christian Hablützel bereit ist, sich dem Motionstext-Vorschlag des SR anzuschliessen. Ich bitte Sie dringlich, dieser Motion zuzustimmen, weil wir uns im Jahr 2001 befinden und nicht mehr im Jahr 1970."

Kurt Zubler (SP) Votum

"Die Voten der GrSR Hotz und Huber haben uns daran erinnert, wie fahrlässig die Produktion radioaktiver Abfälle der letzten Jahrzehnte war. Es freut mich, von Ihnen zu hören, dass Sie das auch so sehen. Die weitere Produktion solcher Abfälle in die Zukunft hinein ist überhaupt nicht nachhaltig und auch nicht an unsere Kinder gedacht, wie das Walter Hotz vorhin so schön in den Raum gestellt hat. Ein sicheres Endlager, wie Sie sich das wünschen, wo diese hoch radioaktiven Abfälle, welche über 100'000 Jahre lang giftig sein werden, vergraben werden können, gibt es nicht. Es muss ein Lager geben für solche Abfälle, aber ein Endlager gibt es nicht.

Es ist eine masslose Selbstüberschätzung der Menschheit, zu denken, man könne jetzt ein Bauwerk da hin stellen, welches eine solch lange Lebensdauer hat.

Ich bin von Berufes wegen ein wenig näher damit befasst. Sie haben vielleicht in der Zeitung gelesen, dass in Gächlingen das erste Dorf im Kanton Schaffhausen ausgegraben wurde. Die Reste dieses Dorfes waren 7'300 Jahre alt. Stellen Sie sich vor, was Sie da hinbauen wollen im Sinne eines Endlagers. Es geht darum, dass wir uns mit etwas auseinandersetzen, das nicht nur unsere Kinder interessiert, sondern das hinsichtlich der Zukunft der Menschheit und des Planeten einen Einfluss haben wird.

Ich fordere Sie deshalb auf, die Motion zu überweisen. Wenn Sie jetzt noch die relative lange Zeit von 50 Jahren, welche es braucht, bis dies aktuell wird, in den Raum werfen, dann müsste man halt auch die Vision haben, etwas über Parkplatzzahlen oder Steuerfuss-Prozente hinaus zu denken."

Marcel Wenger, Stadtpräsident

"Ich bin Christian Hablützel dankbar, dass er bereit ist, seinen Motionstext im Sinne des SR abzuändern. Ich möchte Ihnen noch einmal versichern, dass eine Konsultativabstimmung auf kantonaler Ebene mit der Gewichtung des Anteils an städtischen Stimmen ein verpflichtendes Resultat ergibt. Das hat dazu geführt, dass sich der SR zur Aufnahme des modifizierten Punktes 1 durchgerungen hat. Ich werde bemüht sein, Ihnen den Vernehmlassungsbericht, den wir Ihnen in Aussicht stellen, rechtzeitig zukommen zu lassen, damit wir im GrSR darüber befinden können.

Abschliessend möchte ich sagen, dass die politischen Halbwertzeiten in der Regel wesentlich kürzer sind als die radioaktiven. Es kann sein, dass diese Stadtregierung diesen Vernehmlassungsbericht in dieser Zusammensetzung nicht mehr vorlegen kann. Die Exekutive ist hier in einem Spannungsfeld, wo sie es nie allein recht machen kann.

Ich bitte Sie, angesichts der wirklich hoch politischen Frage dem modifizierten Motionstext zuzustimmen. Wir sollten diese Option auch für die Zukunft offen lassen, und nicht heute ein politisches Signal setzen, wo einige Leute die Hände in den Schoss legen und sagen können, es sei alles in Ordnung, also könne man jetzt beginnen, die Baubewilligung auszuarbeiten."

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat **lehnt die Überweisung der Motion** in der vom SR vorgeschlagenen und vom Motionär wie folgt gutgeheissenen geänderten Fassung

1. Der Stadtrat wird eingeladen, dem Grossen Stadtrat einen Vernehmlassungsbericht der Stadt Schaffhausen zur kantonalen Konsultativabstimmung über das Endlager von hochradioaktivem Sondermüll in Benken rechtzeitig zuhanden der kantonalen Volksabstimmung zu unterbreiten.
2. Der Stadtrat wird eingeladen, die überregionale Vereinigung IGEL gegen das Endlager Benken im Rahmen seiner Kompetenzen zu unterstützen.

mit **24 : 21 Stimmen** ab.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle beendet der **Ratspräsident** die Beratung der heutigen Traktandenliste.

MITTEILUNGEN

Budget-Sitzung GrSR vom Dienstag 11. Dezember 2001

Der Ratspräsident bittet das Plenum im Interesse einer effizienten Sitzung, Detailfragen, welche keine politische Brisanz haben, in den Fraktionen zu bereinigen und sich nötigenfalls an die Mitglieder der GPK zu wenden, welche sich eingehend mit der Materie beschäftigt haben.

An dieser Stelle schliesst der Ratspräsident die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratsitzung: Di 11. Dezember 2001, 16.00 Uhr